



öffentliche Bekanntmachung

Die **46. öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses** findet am **Donnerstag, 23.11.2023 um 16:30 Uhr**, im **Leonardo-da-Vinci Gesamtschule - Mensa, Esplanade 3, 14469 Potsdam** statt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.09.2023
- 4 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.10.2023
- 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat
- 6 Informationen des Jugendamtes
 - 6.1 Jugendarbeit in Babelsberg und Zentrum Ost
 - 6.2 Sachstand zu Kinder- und Jugendbudget für Potsdam gem. 22/SVV/0007
 - 6.3 Sachstände zu Überdachung Skateanlage Lindenpark u. Skaten unter der Humboldtbrücke
- 7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

- | | | |
|-----|---|-------------|
| 8 | Bericht des Kita-Elternbeirates | |
| 9 | Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung | |
| 9.1 | Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft
<i>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam</i> | 23/SVV/0676 |
| 9.2 | Beitritt KiTA !ST
<i>Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt</i> | 23/SVV/1106 |
| 10 | Sonstiges | |

Tiemo Reimann

ausgegangen am: _____

abgenommen am: _____

Mitglieder

Leon Troche	SPD	entschuldigt
Annina Beck	Die Andere	nicht entschuldigt
Chaled-Uwe Said	AfD	nicht entschuldigt
Madeleine Floiger	Freie Demokraten	nicht entschuldigt

beratende Mitglieder

Stefanie Buhr	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt	entschuldigt
Dr. Kristina Böhm	Gesundheitsamt	entschuldigt
Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche	entschuldigt
Fereshta Hussain	Migrantenbeirat	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.06.2023

- 4 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 31.08.2023

- 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

- 6 Informationen des Jugendamtes
 - 6.1 Vorstellung des Kinder- und Jugendportals Hast´n Plan

 - 6.2 Information zum Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ – Ausweitung der Schulsozialarbeit (Corona-Schulsozialarbeit): Verstetigung ab dem Schuljahr 2023/2024

 - 6.3 Information zu Aufenthaltsqualität an hoch frequentierten Orten in Potsdam für junge Menschen verbessern gem. 22/SVV/0201

- 6.4 Information zur Rufbereitschaft im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
Anfrage von Herr Kulke per E-Mail vom 26.09.2023
- 7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 8 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 9.1 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2023 bis 2026
Oberbürgermeister, Fachbereich Bildung, Jugend und Sport 23/SVV/0537
- 9.2 Bebauungsplan Nr. 40 "Kaserne Kirschallee", 1. Änderung "Teilbereich David-Gilly-Straße"
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung 23/SVV/0373
- 9.3 Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam 23/SVV/0676
- 9.4 Prüf- und Entscheidungskriterien für Anträge auf Regelförderung der Jugendförderung bzw. Aufnahme in den Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam
Fachbereich Bildung, Jugend und Sport 23/SVV/0813
- 10 Sonstiges

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung.

Er informiert über seinen Jobwechsel und der neuen Tätigkeit bei der AWO im Bereich der Obdachlosenhilfe. Seine Position im Jugendhilfeausschuss übe er weiterhin als Stadtverordneter der Fraktion SPD aus.

Auf Anfrage vorab von Frau Schultheiss berichtet er, dass Ausschussmitglieder, die keine Stadtverordneten seien, ab sofort Dokumente, die den nicht öffentlichen Teil der Tagesordnung betreffen, per E-Mail von der Ausschussbetreuung erhalten.

Ab sofort werde der Ablauf der Berichte im „Berichte des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII“ im Laufe der Sitzungen rotieren und auch der Tagesordnungspunkt „Bericht des Kita-Elternbeirates“ werde abwechselnd vorgezogen.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind **12 von 15** stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Er informiert zur Tagesordnung darüber, dass der Tagesordnungspunkt 6.4 „Rufbereitschaft“ auf Wunsch von Herrn Kulke (Anfrage vorab per E-Mail) ergänzt werden soll.-

Weiterhin würden Frau Denise Beckmann und Frau Claudia Köppelmann von der Medienwerkstatt Potsdam gemeinsam mit Frau Ute Parthum zum Tagesordnungspunkt 6.1 „Vorstellung des Kinder- und Jugendportals Hast´n Plan“ berichten und er stellt das Rederecht zur Abstimmung. Dieses wird einstimmig **angenommen**.

Herr Reimann stellt die Änderungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung gestellt und ebenfalls einstimmig **angenommen**.

3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.06.2023

Er bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 20.06.2023.

Frau Frenkler fragt zum Tagesordnungspunkt 3.1 „Stellungnahme der Ausschüsse zur kinderfreundlichen Kommune“ zur gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport und Jugendhilfeausschuss am 20.06.2023, ob die gemeinsame Stellungnahme wie vereinbart auf der Homepage der Landeshauptstadt Potsdam veröffentlicht worden sei. Herr Reimann antwortet, dass man als Ausschuss auf der Homepage nichts posten könne. Das Dokument sei allerdings im Ratsinformationssystem verfügbar.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine Anmerkungen und diese wird einstimmig **angenommen**.

4 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 31.08.2023

Er bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 31.08.2023. Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine Anmerkungen und diese wird einstimmig **angenommen**.

5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht

des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Herr Bulgrin berichtet, dass der Kreisschülerrat aktuell nicht getagt habe. In der kommenden Woche finde die konstituierende Sitzung statt.

Weiterhin sei ihm aufgefallen, dass auf seinem Schulweg von ca. 1 km zwischen am Stern, Drewitz und Kirchsteigfeld wenig Mülleimer aufgestellt seien.

Das neue Ratsinformationssystem sei zudem unübersichtlich.

6 Informationen des Jugendamtes

6.1 Vorstellung des Kinder- und Jugendportals Hast´n Plan

Frau Ute Parthum, Mitglied des Jugendhilfeausschusses und Geschäftsführerin der Medienwerkstatt Potsdam, Frau Denise Beckmann, Medienwerkstatt Potsdam, und Frau Claudia Köppelmann, Medienwerkstatt Potsdam, stellen das Portal anhand einer Präsentation vor (**Anlage 1**).

Frau Parthum ergänzt, dass eine 10-Stunden-Stelle zur Pflege des Portals zur Verfügung stünde, jedoch für die administrativen Tätigkeiten und vielen zu tätigenen Absprachen nicht ausreichend sei. Weiterhin könnte man als freier Träger auf der Homepage selber Beiträge einstellen, indem man Mitglied des Portals werde.

Die Vorstellung des Portals erfolge aktuell in verschiedenen Arbeitsgemeinschaften.

6.2 Information zum Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ – Ausweitung der Schulsozialarbeit (Corona-Schulsozialarbeit): Verstärkung ab dem Schuljahr 2023/2024

Herr Ralf Becker, Qualitätsmanager Jugendförderung des Fachbereiches 23 Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam berichtet, dass das Programm vor zwei Jahren aufgelegt worden sei. Dies werde gemäß Förderrichtlinie vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS) seit dem 01.02.2022 und bis zum 31.07.2023 in der Landeshauptstadt Potsdam umgesetzt. Vom MBS sei Anfang 2023 avisiert worden, dass es zu dem Programm eine Verstärkung geben solle – eine unbefristete Fortsetzung der Förderung der Corona-Schulsozialarbeit-Stellen. Dies bedeute für die Landeshauptstadt Potsdam $4 \times 0,75 = 3,0$ Vollzeitäquivalent. Dies sei im Juni 2023 mit der Richtlinie gesichert worden.

Die Corona-Schulsozialarbeit treffe auf akute Bedarfe, habe sich sehr gut etabliert, die konzeptionelle und methodische Ausrichtung bewährt und sollte deshalb fortgeführt werden. Der Bedarf sei aktuell größer als die personellen Ressourcen. In der Fortführung sei zu beobachten und darauf zu achten, dass es nicht zu einer starken Kompensation der Aufgabenfelder der Lehrkräfte im erzieherischen Bereich der sozialen Kompetenzen durch die Corona-Schulsozialarbeit komme. Als Tendenz sei davon auszugehen, dass intervenierende, auf-fangende Angebote der Schulsozialarbeit in den nächsten fünf Jahren einen hohen Stellenwert einnehmen werden. Die präventive Arbeit der „normalen“ Schulsozialarbeiter*innen an den Einsatzschulen (Projektarbeit) finde weiterhin statt, sei aber nur im begrenzten Umfang

möglich, da die Schulsozialarbeiter*innen durch die intensive Einzelfallbegleitung enorm zeitlich und fachlich gebunden seien. Wesentlicher Grund dafür sei auch, dass diese nicht an die entsprechenden Hilfesysteme „abgegeben“ werden können oder Angebote fehlen (Klinikplätze, außerschulische Beschulungsstrukturen etc.). Ebenso erschwerend sei an manchen Schulstandorten die fehlende Einbindung und Abstimmung mit der Schulleitung. Aus diesem Grund werde die Corona-Schulsozialarbeit gemäß bestätigten Trägerkonzepten einschließlich Einsatzschwerpunkten fortgesetzt und sei auch nicht Bestandteil des Doppelhaushalt 2023/2024 begleitenden Beschlusses „Ausbau Schulsozialarbeit“ (DS 23/SVV/0219).

6.3 Information zu Aufenthaltsqualität an hoch frequentierten Orten in Potsdam für junge Menschen verbessern gem. 22/SVV/0201

Frau Lena Haack, Sachbearbeiterin Spielplatzplanung des Fachbereiches 45 Klima, Umwelt und Grünflächen der Landeshauptstadt Potsdam berichtet zum aktuellen Sachstand. Alle Akteure würden bekräftigen, dass die Nutzung von Freiräumen in Potsdam durch Jugendliche in den letzten Jahren zugenommen habe. Vor allem der Fachbereich 32 Ordnung und Sicherheit berichtet, dass sich der ständige Hotspot Bassinplatz sowie die Friedrich-Ebert-Straße verfestigt hätten. Hier seien in den Abendstunden bis zu 150 Personen vor Ort. Wechselnde Hotspots seien zum Beispiel die Humboldtbrücke und der Lustgarten. In dem Fall sei es schwierig Toiletten und Müllbehälter zu ergänzen. Bei den festen Hotspots seien entsprechend der Nutzung die Leerungszyklen der Abfallbehälter angepasst worden (im Sommer 2x täglich, im Winter 1x wöchentlich), der Bereich 453 Grünflächen sammle vor und nach dem Wochenende den Müll ein, die Stadtentsorgung Potsdam säubere 1x täglich. Alle Akteure berichten, dass man die Kapazität erhöhen konnte. Ein großes Problem seien Pizzakartons. Hier sollte ein neuer Abfalltyp auf dem Bassinplatz getestet werden. Eine weitere Idee sei die Schüler*innen stärker in die Abfallthematik einzubinden.

Im Stadtkern gebe es 10 öffentliche, kostenpflichtige Toiletten. Dixi-Toiletten betrachte man als eher kritisch bezüglich der Entsorgung, sie seien sehr teuer und anfällig für Vandalismus.

Zum Maerker Potsdam berichtet Frau Haack, dass Mitarbeiter*innen die Meldungen vor Ort begutachten und anschließend bearbeiten würden.

Grundlegendes Problem sei aus ihrer Sicht, dass der Außenraum in Potsdam von Jugendlichen in großem Maße genutzt werde, da es zu wenig Angebote im Innenraum (Clubs, Bars) mit akzeptablen Preisen gebe. Der Freiraum könne nur bedingt abfangen, was sich sonst in Innenräumen abspiele.

In der anschließenden Diskussion bedankt man sich für den aktuellen Sachstand und regt an sich auch weiterhin als Jugendhilfeausschuss für die Problematik einzusetzen. Man müsse weiter an der Thematik mobile Toiletten arbeiten - auch aus gesellschaftlicher Sicht sei dies wichtig. Herr Witzsche bittet darum den in der Stadtverordnetenversammlung im Mai 2023 abgelehnten Antrag „Einführung des Systems „Nette Toilette“, 23/SVV/0153“ von der Fraktion DIE aNDERE nochmal als Jugendhilfeausschuss anzustoßen.

Frau Schultheiss bittet darum in der kommenden Sitzung zur Machbarkeitsstudie Kantstraße mit Bezug zur Skateanlage zu berichten, da auch dies ein etablierter Freiraum von Jugendlichen sei.

6.4 Information zur Rufbereitschaft im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

E-Mailanfrage von Herrn Kulke vom 26.09.2023:

„Sehr geehrte Frau Thäle, sehr geehrter Herr Reimann,

Im Januar soll das neue Krisenteam des JA die aufgekündigte Rufbereitschaft ersetzen. Ich würde gerne unter dem Punkt 6.4. Informationen zum Umsetzungsstand bekommen.

- Sind alle MA gefunden?*
- Wo ist dieses Team untergebracht?*
- Wie wird die praktische Arbeit aussehen? [...]“*

*Sind alle Mitarbeiter*innen gefunden?*

Herr Prof. Dr. Hafezi berichtet, dass 5 Stellen noch nicht besetzt seien. Die Ausschreibung solle aktuell bald veröffentlicht werden. Aufgrund des Fachkräftemangels habe man Sorge, dass die Stellen zeitnah besetzt würden. Im Krisendienst gehen es um junge Mitarbeiter*innen, aber auch um Erfahrungen.

Wo ist dieses Team untergebracht?

Für eine bessere Einarbeitung *der Mitarbeiter*innen erfolge eine Integration in die vorhandenen ASD (Allgemeiner Sozialer Dienst) – Teams. Dies werde auch schon für die bestehenden Mitarbeiter*innen umgesetzt.*

Wie wird die praktische Arbeit aussehen?

Aktuell führe man dazu Gespräche über die Geschäftsbereiche hinaus, um die verschiedenen Optionen für die Zukunft zu sondieren.

Es wird ein erneuter Sachstand für die Dezembersitzung angekündigt. Zu den noch offenen 5 Stellen werde man die Ausschussmitglieder schon früher informieren.

PAUSE 18:07 – 18:20 Uhr

7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

UA JHP

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung tagte am Donnerstag, den 21.09.2023.

Zum Thema Fachkräftemangel habe man den Prozess der Fachtagesdurchführung und Ergebnispriorisierung durch die Planungsgruppe der Jugendhilfe rekapituliert. Die Prioritätenliste sei in eine Handlungsempfehlung umformuliert worden. Der Wunsch des Unterausschusses zur Diskussion zu den Ergebnissen in einer Klausurtagung mit dem Jugendhilfeausschuss sei seitens der damaligen Beigeordneten abgelehnt worden. Für das weitere Vorgehen seien die Ergebnisse zu folgenden Fragestellungen zu prüfen: gibt es Neues (aufgrund der vergangenen Zeit), was wurde schon kommuniziert, unter anderem seitens der Politik, was wäre kommunal und was davon auch kurzfristig umsetzbar.

Aus Trägerperspektive seien Zuwendungen und Eingruppierungen Themen, die dringend besprochen werden müssen. Es seien 5 bis 6 Stellen in den Kinder- und Jugendclubs nicht besetzt, bei Urlaub und Krankheit seien die Einrichtungen geschlossen. Forderungen an die Politik sollten formuliert werden (ohne gleich die Finanzbremse im Kopf zu haben). Was könne schnell gelöst werden, zum Beispiel das Thema Richtlinie Jugendförderung aktualisieren. Es wurde mit Herrn Prof. Dr. Hafezi ein Termin mit den freien Trägern zum Vertragsmanagement vereinbart. Im Vorfeld werde man seitens des Unterausschusses die Ideensammlung noch einmal prüfen, ergänzen und bewerten.

Frau Peters habe im Unterausschuss dazu berichtet, dass diverse Informationen dazu im Jugendhilfeausschuss gegeben worden seien. Die Themen Personalbedarf und -planung im ASD seien in ProjektAbstimmung, dieser Prozess dauere noch bis Ende Mai 2024. Dies habe einige Mitglieder irritiert, da ein Ende für 2023 versprochen worden sei. Der Dienstleister beanspruche viel Zeit vom Personal und das erfolge alles neben der originären Arbeit. Man wünsche sich bei solchen Prozessverschiebungen informiert zu werden. Erste belastbare Zwischenergebnisse könne Herr Prof. Dr. Hafezi Ende 2023 im Jugendhilfeausschuss präsentieren.

Ein weiteres Thema seien die Regionalkonferenzen als der Umsetzung der neuen Gremienstruktur gewesen. Es werde von diversen Umstrukturierungen und Personalwechselln tangiert. Ausgangslage einer Gremienumstrukturierung sei die nicht mehr leistbare Teilnahme seitens der Verwaltung an vielen Gremien gewesen. Diverse Diskussionsprozesse hätten eine erneute Struktur erzeugt, da keine stetigen Abstimmungen mit allen freien Trägern geben könne. Für unvorhersehbare Bedarfe sollten die regionalen Netzwerke ein Budget bekommen. Der große wachsende Potsdamer Norden solle eine eigene Gruppe bekommen. Dazu sei im Jugendhilfeausschuss in der Oktobersitzung 2022 ein Beschluss gefasst und inzwischen ein Geschäftsordnungsentwurf für die regionalen Netzwerke abgestimmt worden. Aktuell sei laut dem Unterausschuss der öffentliche Träger nicht mehr mit den freien Trägern im regelhaften Gespräch dazu. Daher sei die Thematik „Gremien- und Kommunikationsstruktur umsetzen“ wichtiger denn je. Offen sei noch, wer seitens der Verwaltung in den regionalen Netzwerken mitwirke. Herr Prof. Dr. Hafezi habe angekündigt dazu in der Verwaltung Rücksprache halten zu müssen und um etwas Zeit gebeten. Er wolle alle Beschlüsse auf Fachlichkeit und Umsetzbarkeit prüfen. Es bestehe weiterer Gesprächsbedarf bei der Thematik Sozialraumorientierung – habe man auch die Verknüpfung mit weiteren Rechtskreisen (zum Beispiel SGB II und XI) berücksichtigt? Hierzu bestehe weiterer Gesprächsbedarf. Allein wegen der Umsetzung der Inklusion müsse man über den Rechtskreis SGB VIII hinausschauen. Man weist darauf hin, dass die Kinder, die betreut werden müssten, in ihrer Vielfalt bereits da wären und dies neben allen Gesetzesänderungen und daraus resultierenden strategischen Erwägungen nicht aus den Augen verloren werden solle.

Voraussichtlich im Dezember werde sich Herr Prof. Dr. Hafezi zum weiteren Umgang mit sozialräumlicher Kommunikation im Unterausschuss positionieren. Dann werde diskutiert, wie die Konferenzen in den Regionen stattfinden sollen. Alle freien Träger der Jugendhilfe werden demnächst durch Herrn Prof. Dr. Hafezi zu einem Kennlerngespräch eingeladen.

AG Kita

Frau Frenkler berichtet, dass die AG nicht getagt habe. Die Trägerberatung habe nicht stattgefunden. Sie äußert ihren Unmut darüber, da beide Termine seitens der Verwaltung abgesagt wurden. Es gebe dringenden Beratungsbedarf.

AG HzE

Der Bericht wurde schriftlich von Herrn Lutz Küken nachgereicht, da er in der Sitzung nicht anwesend sein konnte.

Die AG tagte am 12.09. im Projekt „Calz“ der AWO.

Es erfolge die Vorstellung des Projektes „Calz“, Abkürzung für CareLeaverZentrum. Das Zentrum soll Bedingungen für junge Menschen schaffen, die es ihnen ermöglichen, nicht in anderen Hilfesystemen zu „landen“, sondern ihnen die Zeit geben, sich in einem Beziehungskontext zu entwickeln, der Familie nicht ersetzt, aber Strukturen und Halt bietet. Im CALZ-Projekt finden sie verlässliche Ansprechpartner, die ihnen an einem sicheren, geschützten Ort Halt und Sicherheit geben. Seitens der AG werde empfohlen, die Mitarbeiter*innen des sehr interessanten Projektes zum Jugendhilfeausschuss einzuladen, um es dort vorzustellen.

Weiterhin habe man nach der Anfrage von Trägern der Eingliederungshilfe als AG beschlossen, diese zu den Sitzungen einzuladen und den kommenden Anforderungen entsprechend einzubinden. Zukünftig solle geprüft werden, bis zu welcher Größe das Gremium arbeitsfähig sei und entsprechende Modalitäten besprochen werden.

In der AG bestehe der einhellige Wunsch, dass nach den verschiedenen Umstrukturierungen im Jugendamt der letzten Jahre wieder kontinuierliches Arbeiten möglich werde. Ebenso bestehe der Wunsch nach einer schnellen Neubesetzung der Stelle der Leitung des Jugendamtes.

AG JuFö

Frau Tietz berichtet, dass die AG zuletzt am 21.09.2023 getagt habe. Verabschiedet wurde Ike Borg als Sprecherin. Als neue Sprecherinnen gewählt wurden Julia Schultheiss und Katharina Tietz.

Die AG Jugendförderung habe die Umstrukturierung des Fachbereichs zur Kenntnis genommen und möchte darauf hinweisen, dass der Bereich Jugendförderung auch in der Struktur des Fachbereichs sichtbar sein sollte und derzeit nur in der Arbeitsgruppe Strategie "versteckt" sei.

Weiterhin habe sich die AG mit dem Thema der Einbeziehung und Beteiligung von jungen Menschen in dem hochschwelligem Gremium beschäftigt und beginnt in diesem Kontext einen Abstimmungsprozess mit der Koordinatorin für Kinder und Jugendliche Frau Buhr.

Die AG habe zum Thema Freiflächen festgestellt, dass diese für Kinder und Jugendliche weiterhin wegbrechen würden und die jungen Menschen bei den Verdichtungs- und Neubauplanungen nicht in den Blick genommen und teilweise komplett abgehängt würden. Junge Menschen müssten in allen sie berührenden Angelegenheiten beteiligt werden.

Aus dem Arbeitskreis Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen (AKKJ) gab es den Bericht von zunehmenden Herausforderungen in den Kinder- und Jugendclubs aufgrund der sehr diverseren Zielgruppen, die jeweils ganz spezifische Herausforderungen mitbringen würden. Deren Begleitung könne mit den vorhandenen personellen Ressourcen kaum geleistet wer-

den. Besonders hervorgehoben wurden hier die Kinderclubs, die zum Teil mit sehr großen Nutzer*innengruppen konfrontiert seien. Die AG Jugendförderung bildet derzeit eine Untereinheitsgemeinschaft, um den AKKJ adäquat bei der Erarbeitung von Lösungsansätzen begleiten zu können.

Sie bittet darum in der nächsten Sitzung zur Machbarkeitsstudie Kantstraße zu berichten.

8 Bericht des Kita-Elternbeirates

Herr Witzsche berichtet zur Neuwahl des Beirats, dass diese im Gange sei. Aktuell werden in den Potsdamer Kitas und Horten Elternvertreter*innen für die neue Legislatur des Kita-Elternbeirates gewählt. Bedingt durch den späten Schulanfang sei die Zeit für die Wahl sehr knapp – man hoffe dennoch auf eine möglichst flächendeckende Teilnahme und einen noch breiter aufgestellten Beirat in den Jahren 2023 bis 2025. Die konstituierende Sitzung finde am 17.10.2023 statt, so dass zur nächsten Jugendhilfeausschusssitzung am 19.10.2023 bereits ein neuer Vorstand gebildet sein werde.

Der bundesweite Bildungsprotesttag habe am vergangenen Samstag den 23.09.2023 auch in Potsdam unter dem Motto BILDUNGSWENDE JETZT! stattgefunden, an dem ein breites gesellschaftliches Bündnis aus Organisationen, Vereinen, Initiativen und auch Verbänden und Gewerkschaften eine umfassende Reform im Bildungssystem forderte. Auch in Potsdam habe es Stern-Läufe und eine Demonstration mit ca. 400 Teilnehmenden gegeben, die der Kita-Elternbeirat im KiTAKOLLAPS Aktionsbündnis federführend mitorganisiert habe. Aus Sicht des Kita-Elternbeirates sei der Tag ein gelungener Auftakt gewesen. Es habe spannende Redebeiträge und einen guten Austausch gegeben, man sei jedoch viel zu wenige gewesen. Vor allem die Vernetzung mit Schulen und Schüler*innen werde eine große Herausforderung für die nächsten Wochen und Monate - denn der Protesttag am Samstag kann nur ein Anfang gewesen sein. Am 4.10.2023 werde es ein erstes Netzwerktreffen für Potsdam geben, zu dem man herzlich einlade.

Frau Frenkler habe vorhin bereits das Positionspapier zu den kinderfreundlichen Kommunen angesprochen und damit auch die Frage verbunden, wie der aktuelle Arbeitsstand bei dem Vorhaben für Kinder und Jugendliche sei und wie man als Jugendhilfeausschuss hier weiter agieren könne. Die gleiche Frage stelle man sich aus Sicht des Kita-Elternbeirates bei zwei weiteren Themen, die eigentlich längst in der Umsetzung sein sollten: Die Deckelung der Essensbeiträge in den Schulen sowie das 15 Euro Ticket für Kinder und Jugendliche. Letzteres sollte nach letzten Kenntnisstand zum Oktober starten. Herr Witzsche fragt, ob dies so sei und wann die Kommunikation dazu beginne.

Herr Reimann antwortet zum Positionspapier kinderfreundliche Kommune, dass Frau Buhr dazu in der nächsten Sitzung berichten werde.

Herr Prof. Dr. Hafezi berichtet zur Deckelung der Essensbeiträge zum Mittagessen in den Schulen, dass dies ab 1.9.23 gültig sei. Die Caterer würden Anfang Oktober die ersten Rechnungen schicken, dann könne man genaue Zahlen berichten. Er sagt eine erneute Berichterstattung für die Oktobersitzung zu.

Ebenfalls werden man in dieser Sitzung zum Schülerticket berichten.

9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

9.1 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2023 bis 2026

23/SVV/0537
vertagt

Wiedervorlage vom 20.06.2023.

Herr Ronny Richter, kommissarischer Arbeitsgruppenleiter im Fachbereich 23 Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam, stellt anhand einer Präsentation vor (**Anlage 2**).

Herr Reimann schlägt vor heute eine erste Lesung vorzunehmen, die Unterarbeitsgemeinschaft zum Jugendförderplan erneut in Leben zu rufen und dort zu beraten, um die Drucksache dann für die nächste Sitzung auf Wiedervorlage zu legen.

In der anschließenden Diskussion wird kritisiert, dass der Beteiligungswille zu Beginn des Erstellungsprozesses zu erkennen und produktiv gewesen sei, ab einem bestimmten Zeitpunkt jedoch nur noch informiert wurde. Das Schriftstück sei zu unkonkret und zahlenlos. Es gebe den analytischen Teil, aber es fehlen die Ableitungen im Handlungsteil. Man müsse im Fazit und Ausblick konkreter werden, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Stadtverwaltung in der Umsetzung. Bezüglich der Evaluation in 2025 müssten die Parameter kleingliedriger formuliert sein, um diese produktiver gestalten zu können. Man wolle wissen wer für die Umsetzung Sorge und wer die Federführung bei den Schnittstellen der Geschäftsbereiche habe.

Herr Prof. Dr. Hafezi befürwortet die Überarbeitung, um die Ziele in dem Plan zu konkretisieren. Die Beteiligung der Jugendlichen an der Evaluation sei wichtig. Es müsse eine regelmäßige Beteiligung von Jugendlichen sichergestellt sein, zum Beispiel einmal pro Jahr. Mögliche Anträge des JHA sollten sich aus dem Förderplan ableiten beziehungsweise zu gegebener Zeit konkrete Maßnahmen adressieren.

Es wird eine Überarbeitung durch die Unterarbeitsgemeinschaft und anschließend eine 2. Lesung in der November- beziehungsweise Dezembersitzung im Jugendhilfeausschuss vereinbart.

Herr Reimann stellt die **Zurückstellung** der Drucksache zur Abstimmung.
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

den Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2023 bis 2026

Abstimmung:
einstimmig **angenommen**

9.2 Bebauungsplan Nr. 40 "Kaserne Kirschallee", 1. Änderung "Teilbereich David-Gilly-Straße"

23/SVV/0373
geändert beschlossen

Wiedervorlage vom 25.05.2023.

Herr Lars Krampitz, Planer Stadtraum Mitte im Fachbereich 41 Stadtplanung der Landeshauptstadt Potsdam, bringt die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation ein (**Anlage 3**).

Es wird vereinbart, dass es eine redaktionelle Änderung geben muss:

3. Das Bauleitplanverfahren ist mit der Priorität 1 entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für den Fachbereich Stadtplanung vom ~~07.03.2004~~ **25.01.2023** (DS 22/SVV/09962) durchzuführen (siehe Anlage 3).

Anschließend stellt Herr Reimann die Änderungen der Drucksache zur Abstimmung.

Abstimmung:

mit Stimmenmehrheit **angenommen**

Herr Reimann stellt die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Der Bebauungsplan Nr. 40 "Kaserne Kirschallee" ist im „Teilbereich David-Gilly-Straße“ nach § 2 Abs. 1 BauGB in einem 1. Änderungsverfahren zu ändern (gemäß Anlagen 1 und 2).
2. Anlass für die Änderung ist, dass die bislang vorgesehenen Nutzungen einer weiteren Kita, einer Jugendfreizeitstätte und eines Bürgertreffs aufgrund der beschlossenen konkretisierten Entwicklungsziele (DS 18/SVV/0735) sowie aufgrund von Entscheidungen der zuständigen Fachbehörden obsolet sind. Aktuell sind auf der Fläche die Nutzungen „Kindertagesstätte“, „Jugendfreizeitstätte“ und „Sportfunktionsgebäude“ zulässig. Statt der derzeit festgesetzten Nutzung „Jugendfreizeitstätte“ ist auf dem Standort eine Wohnnutzung für besondere Nutzergruppen langfristig zu sichern. Die Errichtung in Kombination mit einem Sportfunktionsgebäude ist weiterhin vorgesehen.
3. Das Bauleitplanverfahren ist mit der Priorität 1 entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für den Fachbereich Stadtplanung vom ~~07.03.2004~~ **25.01.2023** (DS 22/SVV/09962) durchzuführen (siehe Anlage 3).
4. Die Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld werden für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 40 (s. Anlage 2) entsprechend Punkt 2 konkretisiert

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**

9.3 Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft

23/SVV/0676
vertagt

Frau Bartelt bringt den Antrag ein.

Herr Gregor Jekel, kommissarischer Fachbereichsleiter im Fachbereich 39 Wohnen, Arbeit und Integration der Landeshauptstadt Potsdam, befürwortet den Antrag und einen Beschluss. Somit habe man ein Votum, dass dies weiterhin so umgesetzt werden könne, sollten Krisen eintreten. Momentan setze man die Inhalte aber auch schon um.

Aufgrund einiger Unklarheiten in den Formulierungen des Antrages wird vorgeschlagen, den Antrag zurückzustellen, um eine Absprache zwischen der Fraktion und dem zuständigen Fachbereich vornehmen zu können.

Herr Reimann stellt die **Zurückstellung** der Drucksache zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt setzt sich das Ziel, prekäre Wohnlagen für alle von Wohnungslosigkeit betroffenen oder bedrohten Menschen zu verhindern.

Dazu soll die im Rahmen der ordnungsrechtlichen Unterbringung in den vergangenen Jahrzehnten entwickelte differenzierte Unterbringung entsprechend der unterschiedlichen Bedarfe für die Zukunft erhalten und umgesetzt werden. Die Auswahl von geeigneter Unterbringung für alle Menschen - unabhängig vom Rechtskreis - soll so für die Zukunft sichergestellt werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

- Die Standards der Unterbringung sollen sich nach den fachlichen Empfehlungen zu den individuellen Bedarfen der unterzubringenden Menschen richten, wie z. B. nach den Empfehlungen der BAG Wohnungslosenhilfe e.V.
- Sicherzustellen, dass die Zuweisung und Versorgung bei der Belegung der Wohngebäude aus dem Sonderbauprogramm nach Ordnungsrecht grundsätzlich den Ansprüchen an die Angemessenheit des Wohnraums an Angebote für WBS-Wohnungs-Freigaben der Landeshauptstadt Potsdam entsprechen.
- Der Stadtverordnetenversammlung ist über die strukturelle Verankerung einer entsprechenden Grundlage in die Geschäftsprozesse zur Unterbringung durch die jeweiligen Teams im Fachbereich 3 der Landeshauptstadt Potsdam im Oktober 2023 Bericht zu erstatten.

Abstimmung:

einstimmig **angenommen**

9.4 Prüf- und Entscheidungskriterien für Anträge auf Regelförderung der Jugendförderung bzw. Aufnahme in den Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam

23/SVV/0813
geändert beschlossen

Herr Ralf Becker, Qualitätsmanager Jugendförderung des Fachbereiches 23 Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam berichtet, dass im Zuge der Erstellung des Jugendförderplans erkenntlich wurde, dass keine Kriterien für Anträge auf Regelförderung Jugendförderung vorliegen würden. In der Folge sei eine Abfrage bei den Jugendförderfachkräften des Landes Brandenburg initiiert worden, die offenbarte, dass kein einziges Jugendamt über entsprechende Kriterien und Verfahren verfüge. Die AG Jugendförderung bildete am 10.02.2022 eine Unterarbeitsgruppe mit dem Ziel beziehungsweise Auftrag der Erarbeitung eines transparenten Verfahrens für die Antragsprüfung/-entscheidung bezüglich der

Aufnahme neuer Angebote in den Jugendförderplan beziehungsweise in die Regelförderung. Das Arbeitsergebnis wurde der Jugendförderung am 22.09.2022 vorgestellt und einstimmig beschlossen.

Vorschlag zur Zusammensetzung der Prüfkommision: 1 Vertreter*in des Jugendhilfeausschusses, 1 Vertreter*in der AG Jugendförderung, 2 Vertreter*innen des Fachbereiches Bildung, Jugend und Sport.

In der anschließenden Diskussion wird vereinbart, dass man den Beschlusstext bezüglich einer Evaluierung nach 2 Jahren sowie einer individuellen Zusammensetzung der Prüfkommision Fallbezogen durch den Jugendhilfeausschuss ergänzen wolle.

Herr Reimann stellt die Änderungen der Drucksache zur Abstimmung.

Abstimmung:
einstimmig angenommen

Abschließend stellt er die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Bei unbeauftragten zusätzlichen Anträgen auf Regelförderung der Jugendförderung bzw. Aufnahme in den Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam werden diese anhand der beigefügten Prüf- und Entscheidungskriterien einer fachlichen Prüfung durch eine Prüfkommision unterzogen und das Prüfergebnis dem Jugendhilfeausschuss zu einer fachlich fundierten Entscheidung vorgelegt.

Die Kriterien sind 2 Jahre nach ihrer Anwendung zu evaluieren.

Der Jugendhilfeausschuss benennt eine Person zur Mitarbeit in der Prüfkommision.

Über die Zusammensetzung der Prüfkommision entscheidet der Jugendhilfeausschuss Fallbezogen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

10 Sonstiges

Keine Anmerkungen.

Vorsitz:

Tiemo Reimann

Protokollführung:

Eva Thäle

Suche

Alter: 10 i

kostenloses, werbefreies und zentrales Portal der Stadt Potsdam für Kinder und Jugendliche

Optische und inhaltliche Differenzierung der Altersgruppen bis zwölf und über zwölf Jahre

Abbildung der Jugendhilfelandschaft, Kultur und Sport in Potsdam

KINDERPORTAL

zielgruppengerechte Ansprache

intuitive leichte Bedienbarkeit mit dem Ziel der Selbstermächtigung

Entdecken von geeigneten (neuen) Orten, Freizeit- und Beratungsmöglichkeiten

Förderung von assoziativem Denken durch die Nutzung der Suchfunktion und Zusammenstellung von Inhalten

Potsdam

TIPP

- Das Fundbüro**
Stadt Potsdam
- Naturkundemuseum**
Medienwerkstatt Potsdam
- Spielplatz am Kirchberg**
- Einweihung Spielplatz Westkurve**
Mittwoch 11.Okt 2023 17:00 bis 18:30 Uhr

Wie ist es entstanden, wo stehen wir?

2021 - 06/2023



Integration der Teilprojekte Kinderstadtplan und Ferienpass und deren Module



Erstellung zentrale Datenbank für Orte, Veranstaltungen und Beiträge



Beteiligungsaktion Design Jugend

Sommer 2023



Launch Kinderportal

Herbst 2023



HAST'N PLAN? JUGENDPORTAL POTSDAM



Bekanntheit steigern



Öffentlichkeitswirksame Veranstaltung zum Kindertag

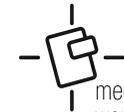
Jugendredaktion



Launch Veranstaltung für Jugendliche Hast 'n Plan Party



zusätzliche Fördermittel beantragen



medienwerkstatt potsdam

#medienbildung 2
#digitalekultur
#jugendmedienschutz



Redaktionelle Arbeit



kontinuierliche technische und redaktionelle Wartung der Portalseiten und Datenbank



Bildung und Betreuung eines Steuerungskreises & Netzwerkarbeit



Weiterentwicklung der Funktionen im Sinne des Konzepts Kinder- und Jugendinformation in Potsdam



Erarbeitung und Abstimmung von Redaktionsleitlinien, Gütekriterien und Inhalten



jährliche Projektförderung mit Antragstellung (10 Wochenstunden)



#medienbildung
#digitalekultur
#jugendmedienschutz

HAST'N PLAN?

Kontakt für Ideen, mögliche Kooperationen, weiterführende Fragen oder Anmerkungen

info@hastnplan.de

Vorstellung Jugendförderplan

Jugendhilfeausschuss

28.09.2023

Gliederung

- Darstellung des Prozesses
- Inhaltlicher Aufbau
- Schwerpunkte der Handlungsfelder
- Monitoring und Evaluation

Prozess

- Anfang 2021 - Auftrag zur Erstellung aus JHA
- Bildung einer permanenten UAG Jugendförderplan (JHA + UA JHP + AG JuFö + VW)
- Fragebogen der Träger der Jugendförderung (mit externer Unterstützung)
- Leitfadeninterviews der Träger der Jugendförderung (mit externer Unterstützung)
- Im Ergebnis: Workshop und Herausarbeitung der Handlungsfelder (mit externer Unterstützung)

Inhaltlicher Aufbau

- Ausgangslage
 - Rechtliche Auswirkungen
 - Aktuelle Situation der Kinder- und Jugendlichen
- Bevölkerungsprognose der Jugendförderdialoggruppen
- Darstellung der Angebote der Jugendförderung
- Herausforderung und Handlungsempfehlungen
 - Globales Handlungsfeld
 - Ziele
 - Maßnahmen
 - Zeitplan
- Fazit

Schwerpunkte der Handlungsfelder

- Wachstum
- Strukturqualität
- Inklusion und Vielfalt
- Unterstützungsbedarfe
- Digitalität
- Freiräume
- Demokratieförderung und Beteiligung
- Professionalisierung
- Kooperation

Monitoring und Evaluation

- Maßnahmen sind mit Zeitplan zur Umsetzung oder Sachstand hinterlegt
- Dialograum zur Berichterstattung ist die AG Jugendförderung
- Umsetzungsprozess wird mit UA Jugendhilfeplanung abgestimmt
- Beauftragung zur Evaluation wird 2025 beauftragt

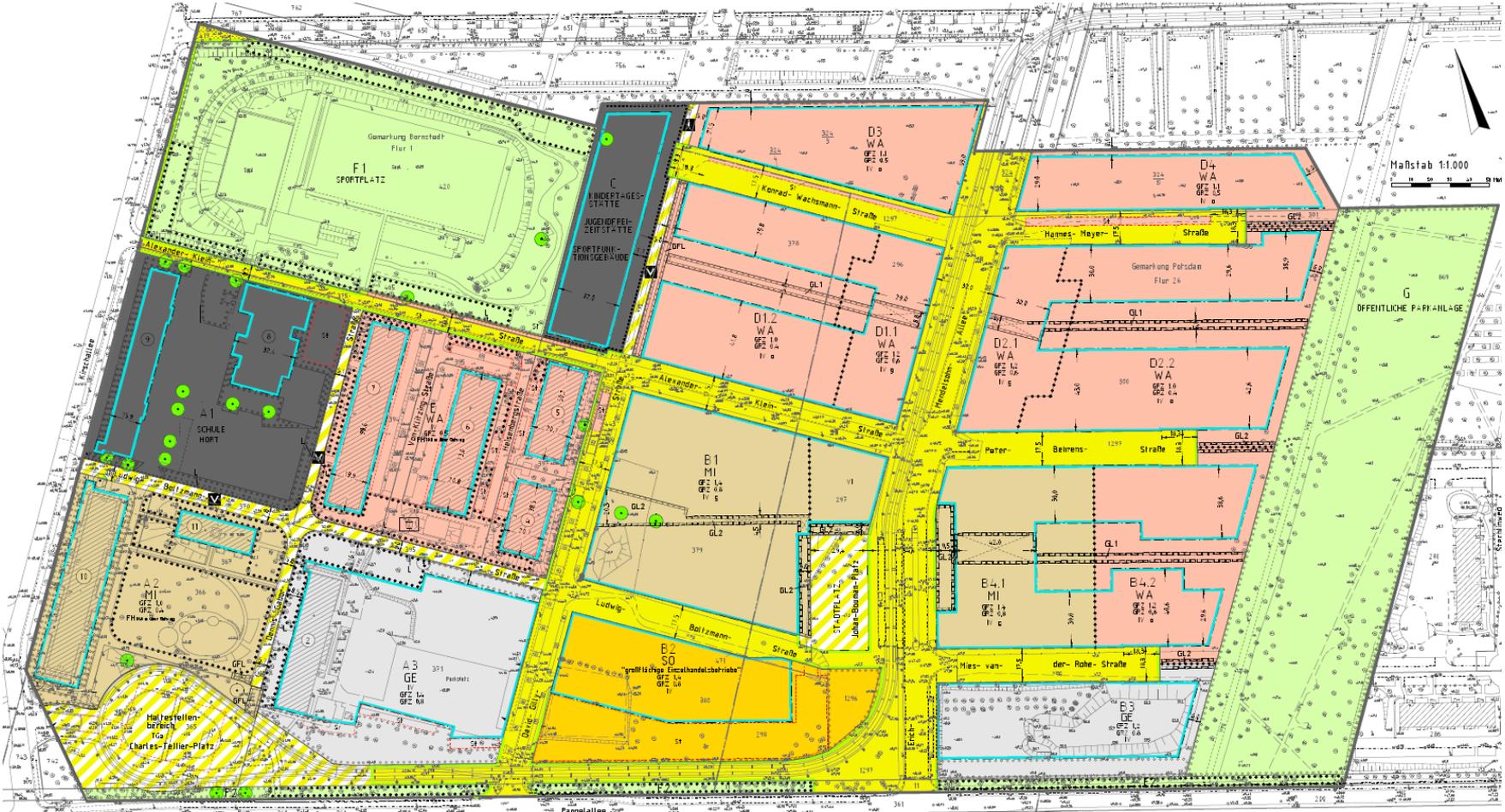
Vielen Dank
für die Aufmerksamkeit.

Bebauungsplan Nr. 40 "Kaserne Kirschallee,, 1. Änderung „Teilbereich David-Gilly-Straße"

**Yvonne Stolzmann
Bereich Stadtraum Mitte
Landeshauptstadt Potsdam**

Bebauungsplan 40 "Kaserne Kirschallee"

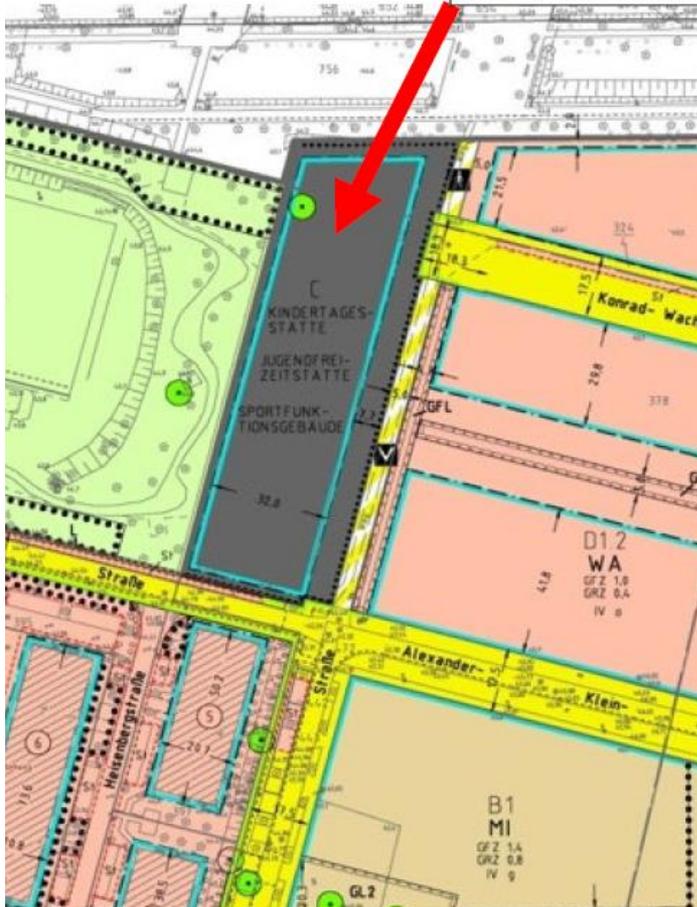
DS 05/SVV/0970, Amtliche Bekanntmachung am 30.03.2006



Bebauungsplan 40 "Kaserne Kirschallee"

Ausschnitt Gemeinbedarfsstandort David-Gilly-Straße

Gemeinbedarfsstandort
David-Gilly-Straße



Festsetzungen Art der Nutzung

- Kindertagesstätte
- Jugendfreizeitstätte
- Sportfunktionsgebäude



Konkretisierung der Entwicklungsziele

DS 18/SVV/0735 / Beschluss vom 30.01.2019

Planungsrecht (Bebauungsplan Nr. 40 „Kaserne Kirschallee“)

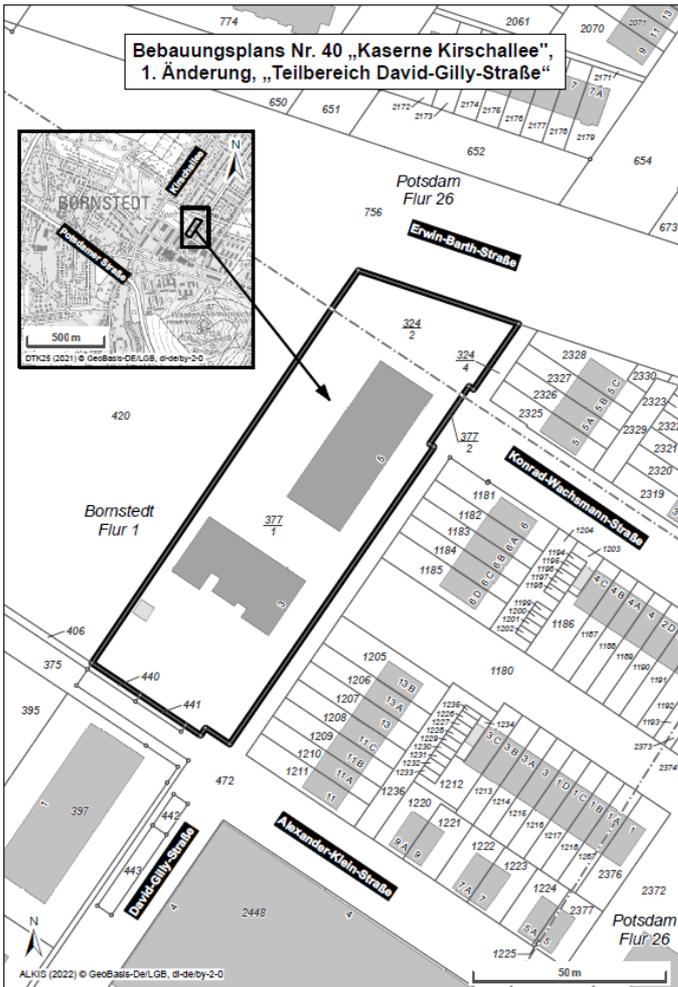
- Art der Nutzung: Fläche für Gemeinbedarf mit folgenden Zweckbestimmungen
 - Kindertagesstätte („Tönemaler“, 84 Plätze, Fertigstellung 2009)
 - Jugendfreizeitstätte (lt. Beschluss zu DS 18/SVV/0735 jetzt in WA 8)
 - Sportfunktionsgebäude (weiterhin erforderlich)

Beschlusslage (DS 18/SVV/0735)

- Pkt. 4.: auf dem Grundstück an der David-Gilly-Straße nach Aufgabe der derzeitigen Nutzung (Gemeinschaftsunterkunft) eine weitere Kindertagesstätte mit je nach Bedarf 90 bis 120 Plätzen errichten (lt. GB2 nicht mehr erforderlich, Grundlage: Integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung)
- Pkt. 5.: am Standort David-Gilly-Straße in baulicher Kombination mit der zusätzlichen Kita und mit Sportfunktionsräumen Räume für einen Bürgertreff vorsehen (Bürgertreff jetzt im B-Plan 113 Pappelallee / Reiherweg gesichert, Grundlage: DS 21/SVV/0518 Beschluss Integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung)
- Pkt. 6.: westlich der Georg-Hermann-Allee im Baufeld WA 8 im B-Plan Nr. 80.3 „Rote Kaserne West“ Wohnungsbau
 - in räumlicher Orientierung zum Volkspark baulich integriert in die Wohnbebauung eine Kita und eine Jugendfreizeitstätte (Kita und Jugendfreizeitstätte in Planung durch den Entwicklungsträger)

Bebauungsplan 40 "Kaserne Kirschallee"

DS 23/SVV/0373, 1. Änderung Planungsziel



Planungsziel

- Ziel der Planung ist die Sicherung einer dauerhaften Wohnnutzung.

Dabei geht es vor allem um Haushalte, für deren Unterbringung die Landeshauptstadt Potsdam zuständig und verantwortlich ist.

Die Errichtung in Kombination mit einem Sportfunktionsgebäude ist weiterhin vorgesehen.



Beschlussvorlage

DS 23/SVV/0373 Beschlussvorschlag

1. Der Bebauungsplan Nr. 40 "Kaserne Kirschallee" ist im „Teilbereich David-Gilly-Straße“ nach § 2 Abs. 1 BauGB in einem 1. Änderungsverfahren zu ändern (gemäß Anlagen 1 und 2).
2. Anlass für die Änderung ist, dass die bislang vorgesehenen Nutzungen einer weiteren Kita, einer Jugendfreizeitstätte und eines Bürgertreffs aufgrund der beschlossenen konkretisierten Entwicklungsziele (DS 18/SVV/0735) sowie aufgrund von Entscheidungen der zuständigen Fachbehörden obsolet sind. Aktuell sind auf der Fläche die Nutzungen „Kindertagesstätte“, „Jugendfreizeitstätte“ und „Sportfunktionsgebäude“ zulässig. Statt der derzeit festgesetzten Nutzung „Jugendfreizeitstätte“ ist auf dem Standort eine Wohnnutzung für besondere Nutzergruppen langfristig zu sichern. Die Errichtung in Kombination mit einem Sportfunktionsgebäude ist weiterhin vorgesehen.
3. Das Bauleitplanverfahren ist mit der Priorität 1 entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für den Fachbereich Stadtplanung vom 07.03.2001 (DS 22/SVV/09962) durchzuführen (siehe Anlage 3).
4. Die Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld werden für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 40 (s. Anlage 2) entsprechend Punkt 2 konkretisiert.



Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!
www.potsdam.de/stadtentwicklung
stadtraum-mitte@rathaus.potsdam.de

Chaled-Uwe Said	AfD	nicht entschuldigt
Madeleine Floiger	Freie Demokraten	entschuldigt
Cornelia Krönes	anerkannte freie Träger	entschuldigt
Ute Parthum	anerkannte freie Träger	entschuldigt
beratende Mitglieder		
Fereshta Hussain	Migrantenbeirat	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.09.2023
- 4 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat
- 5 Informationen des Jugendamtes
 - 5.1 Vorstellung Arbeit der Streetworker i.V.m. DS 23/SVV/0250 "Queerfeindliche Übergriffe verurteilen - präventive Maßnahmen in Golm ausweiten"
 - 5.2 Jugendarbeit in Babelsberg und Zentrum Ost
 - 5.3 Vergabeentscheidung und Implementierung des Kita-Portals
 - 5.4 Information zur Erhöhung des Budgets für PLuS-Projekte
 - 5.5 Sachstand Umsetzung Schülerticket
 - 5.6 Sachstand Umsetzung Deckelung Schul-Mittagessen
 - 5.7 Sachstand zur Machbarkeitsprüfung Kantstraße / Flächenprüfung Erweiterung Hannah-Arendt-Gymnasium (5)

- 5.8 Umsetzungsstand Haushaltsaufstellungsverfahren
Kindeswohlprinzip
- 5.9 Prüfungskommission Antrag Chill out e.V.
- 5.10 Information zu überplanmäßigen Aufwendungen in den
Bereichen HzE und Kita im Doppelhaushalt 2023/2024
- 6 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften
nach § 78 SGB VIII
- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 8.1 Anerkennung des Trägers Montelino e.V. gemäß § 75 SGB VIII 23/SVV/1048
Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
- 8.2 Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der 23/SVV/0676
Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft
*Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Sozial.DIE
LINKE.Potsdam*
- 9 Sonstiges

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung. Er kündigt an, dass er die Sitzung um 18:45 Uhr verlassen muss und Frau Dr. Sigrid Müller als stellvertretende Ausschussvorsitzende die Sitzungsleitung übernehmen wird.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind **11 von 15** stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Er informiert zur Tagesordnung darüber, dass der Tagesordnungspunkt 5.2 „Jugendarbeit in Babelsberg und Zentrum Ost“ verwaltungsseitig und der Tagesordnungspunkt 8.2 „Siche-

rung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft, 23/SVV/0676“ seitens der Fraktion auf die Novembersitzung zurückgestellt werden. Ergänzend werden die Tagesordnungspunkte 5.9 „Prüfkommission Antrag Chill out e.V.“ sowie 5.10 „Information zu überplanmäßigen Aufwendungen in den Bereichen HzE und Kita im Doppelhaushalt 2023/2024“ aufgenommen.

Weiterhin informiert Herr Reimann darüber, dass Herr Sebastian Stiebel von der netgo group GmbH zum Tagesordnungspunkt 5.3 „Vergabeentscheidung und Implementierung des Kita-Portals“ berichten wird und stellt das Rederecht zur Abstimmung. Dieses wird einstimmig **angenommen**.

Er stellt die Änderungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung von Herrn Reimann zur Abstimmung gestellt und ebenfalls einstimmig **angenommen**.

3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.09.2023

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Novembersitzung am 23.11.2023 zurückgestellt, da das Protokoll vom 28.09.2023 noch nicht vorliegt.

4 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Herr Bulgrin berichtet, dass er ab sofort nur noch im Namen von Kindern und Jugendlichen berichten wird. Für den Kreisschülerrat wurde eine neue Vertreterin in den Jugendhilfeausschuss berufen. Weiterhin verweist er auf die Gefahr an Fußgängerüberwegen und Ampeln und fragt, wie das vermieden werden kann. Herr Reimann schlägt vor den Kontakt zwischen ihm und dem Ausschussvorsitzenden des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes, Herrn Lars Eichert, herzustellen, um das Thema gegebenenfalls dort zu platzieren. Frau Buhr verweist auf die Schulwegsicherung.

Frau Anna-Maria Retzlaff, neues beratendes Mitglied des Kreisschülerrats im Jugendhilfeausschuss, stellt sich vor.

5 Informationen des Jugendamtes

5.1 Vorstellung Arbeit der Streetworker i.V.m. DS 23/SVV/0250 "Queerfeindliche Übergriffe verurteilen - präventive Maßnahmen in Golm ausweiten"

Frau Kathleen Knier, Ortsvorsteherin in Golm und Sozialarbeiterin im Verein Chance e.V. in Golm, berichtet zum Tagesordnungspunkt. Sie verweist auf den von Chance e.V. erstellten Brandbrief vom 14.02.2023. Im Mai 2023 habe man 2 ½ Stellen und pädagogisches Budget erhalten. Begleitet vom Jugendamt und der Fachhochschule Potsdam sei man im Potsdamer Norden mit aufsuchender und mobiler Arbeit unterwegs. Sie schildert einige Beispiele aus dem Alltag. Man beobachte, dass auch hier Flächen für Jugendliche fehlen würden. Frau

Knier kündigt an, sofern gewünscht, in einem Jahr erneut im Ausschuss zum aktuellen Stand berichten zu können.

In der anschließenden Diskussion ist man sich einig, dass Handlungsbedarf aufgrund der wachsenden Nutzer*innen im Potsdamer Norden bestehe. Die Flächen im Außenraum würden nicht mitwachsen, auch die betreuenden Stellen wären nicht mehr ausreichend für die wachsenden Gruppendynamiken. Herr Prof. Dr. Hafezi macht den Vorschlag, dass sich die Verwaltung mit Frau Knier zusammensetze, um eine Lösung zu finden. Dies werde dann dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung präsentiert.

5.2 Jugendarbeit in Babelsberg und Zentrum Ost

Der Tagesordnungspunkt wird verwaltungsseitig auf die Novembersitzung zurückgestellt.

5.3 Vergabeentscheidung und Implementierung des Kita-Portals

Frau Natascha Imhof, Arbeitsgruppenleiterin Fachmanagement Kita des Fachbereiches 23 Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam, und Frau Annica Hawaleschka, IT-Projektleiterin des Fachbereiches 54 E-Government der Landeshauptstadt Potsdam, informieren einfühend zu den letzten Entwicklungen.

Herr Sebastian Stiebel, netgo group GmbH, präsentiert die Projekteinführung anhand einer Präsentation (**Anlage 1**). Man werde auch nach der Veröffentlichung weiterhin das Portal als externer Dienstleister betreiben.

Frau Hawaleschka ergänzt auf Nachfrage, dass sich die Veröffentlichung aufgrund der Dauer des Vergabeverfahrens, gesetzlicher Regularien und dem Testverfahren, bei dem 3 Nutzer berücksichtigt werden müssen, verschoben habe.

In der anschließenden Diskussion wird weiterhin besprochen, dass die Anwendung für die nutzenden Träger kostenfrei wäre und man mit dem Programm Schnittstellen zu anderer Software herstellen könne. Aktuell werde diesbezüglich mit allen Trägern gesprochen. Nur so funktioniere ein entsprechendes Medium optimal. Weiterhin arbeite das Portal Datenschutzgrundverordnungskonform, die Eltern müssten zudem zu Beginn ein Formular zum Datenschutz unterzeichnen.

5.4 Information zur Erhöhung des Budgets für PLuS-Projekte

Herr Dr. Robert Lucic, Sachbearbeiter Bildungsmanagement des Fachbereiches 23 Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam berichtet, dass die Abstimmung des Entscheidungsfindungsprozesses für die Auswahl der beantragten PLuS-Projekte mit Vertreter*innen des Jugendhilfeausschusses und der AG Jugendförderung stattgefunden habe und folgenden Zuspruch erhalten habe: Grundlage für das Auswahlverfahren im Rahmen der Bewilligung der PLuS-Projekte sei eine fachlich-inhaltliche Prüfung der Projektanträge. Die Prüfung setze sich aus zwei Bausteinen zusammen: 1. Der Bedarfsorientierung des Projektes, das heißt mit der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Träger und der Schule werde davon ausgegangen, dass das zu beantragende Projekt am Bedarf der Schüler*innen am jeweiligen Standort orientiert sei. 2. Der inhaltlichen Prüfung des eingereichten Kurz-

Konzeptes, das heißt Grundlage der fach-inhaltlichen Prüfung sei das eingereichte Kurzkonzept des Trägers. Am Ende des Verwaltungshandelns stünden ca. 80 Zuwendungsbescheide pro Schuljahr. In der Folge musste sich ein Verwaltungshandeln entwickeln, welches die geringe Einzelförderung, den Förderzweck und damit das Risiko für die Landeshauptstadt Potsdam widerspiegle. Die Prüfung der Projektanträge erfolge oftmals verkürzt durch Prüfungsberatungen der beteiligten Kolleg*innen bis hin zu Stichprobenprüfungen. Wichtigster Baustein und damit Bedingung für die Förderung sei die jährlich neue Kooperationsvereinbarung für das jeweilige Projekt zwischen Träger und Schule, welche die Bedarfsorientierung an den Schüler*innen sicherstelle und ebenso den Projektträgern das Vertrauen ausspreche. Im Rahmen der Fortschreibung des Gesamtkonzeptes Schule-Jugendhilfe solle im Handlungsbereich Schule — Jugendförderung unter anderem eine Überarbeitung der PLuS-Richtlinie vorgenommen werden. Für den Haushalt 2023 seien 450.00 Euro und für den Haushalt 2024 550.000 Euro für die Bewilligung von PLuS-Projekten eingestellt.

In der anschließenden Diskussion wird vorgeschlagen, dass man die betreffenden Schulen mit in die Überarbeitung der Richtlinie einbinden sollte. Ebenfalls sollten Bewertungen und Evaluationen Bestandteil der Richtlinie sein. Es wird vereinbart die Überarbeitung der Richtlinie in der Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe weiter zu diskutieren.

5.5 Sachstand Umsetzung Schülerticket

Herr Prof. Dr. Hafezi berichtet, da der zuständige Bereich aus der Stadtverwaltung nicht anwesend sein könne.

Der Aufsichtsrat der VBB GmbH habe am 28.09.2023 beschlossen, dass der Preis für das Schülerticket Potsdam AB (Monatskarten, Monatskarten im Abo, Jahreskarten) zum 01.01.2024 auf einen Preis von 15 Euro pro Monat abgesenkt werde. Nach erfolgter Zustimmung durch die VBB Gremien könne durch den VBB ein entsprechender Antrag bei der zuständigen Genehmigungsbehörde, dem Landesamt für Bauen und Verkehr gestellt werden. Dies werde nun erfolgen, so dass zum 01.01.2024 das Angebot eingeführt werde.

In der anschließenden Diskussion kritisiert man, dass die Umsetzung und Einführung so lange dauere und bezweifle, dass ein Start zum 01.01.2024 möglich sei.

Zu folgenden Fragen muss die Rückmeldung im zuständigen Bereich eingeholt und in der nächsten Sitzung nachgereicht werden:

1. Warum habe sich der Aufsichtsrat erst zum 28.09.2023 damit beschäftigt? Start sollte zum neuen Schuljahr sein.
2. Wie ist der aktuelle Stand der Bearbeitung bei der Genehmigungsbehörde, dem Landesamt für Bauen und Verkehr?

5.6 Sachstand Umsetzung Deckelung Schul-Mittagessen

Herr Prof. Dr. Hafezi berichtet, dass die Begrenzung des Portionspreises auf 3,90 Euro für ein Schulmittagessen gemäß Stadtverordnetenbeschluss ab dem 01.09.2023 umgesetzt werde. Mit Stand 10.10.2023 hätten die Landeshauptstadt Potsdam Rechnungen zum Differenzbetrag von 4 Caterer zu insgesamt 21 Schulen erreicht. Weitere Rechnungen stünden noch aus. Die Abarbeitung dieser Rechnungen stelle einen enormen zeitlichen Mehraufwand

dar. Er kündigt einen erneuten Bericht zum Sachstand im Jugendhilfeausschuss an, sobald alle Rechnungen der Caterer vorliegen würden.

5.7 Sachstand zur Machbarkeitsprüfung Kantstraße / Flächenprüfung Erweiterung Hannah-Arendt-Gymnasium (5)

Herr Robert Werner, Teilprojektleiter im Büro für integrierte städtische Planung des Geschäftsbereiches 2 Bildung, Kultur, Jugend und Sport der Landeshauptstadt Potsdam berichtet, dass entsprechend dem Beschluss „Anpassung der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung 2021 bis 2026“, Drucksache 23/SVV/0880, unter Punkt 14 beschlossen wurde, eine dauerhafte Erweiterung des Hannah-Arendt-Gymnasiums (5) um einen oder zwei Züge im Rahmen einer Machbarkeitsstudie zu prüfen. Die Überprüfung erfolge unter Federführung des städtischen Planungsbüros (401). Dazu sei eine Leistungsbeschreibung für die Machbarkeitsstudie mit den zuständigen Akteuren (Verwaltung, Schulleitungen) abgestimmt und veröffentlicht worden. Diese umfasse die Prüfung mehrerer Varianten unter Einbeziehung von unterschiedlichen Flächen: Erweiterung des Gymnasiums um zwei Züge, Erweiterung des Gymnasiums um einen Zug, Erweiterung des Gymnasiums durch Ersatzneubau der Zeppelin-Grundschule und Nutzung des heutigen Gebäudeteils der Grundschule. Folgende Flächen werden dabei in die Prüfung einbezogen: Hannah-Arendt-Gymnasium (5), Zeppelin-Grundschule (23), Freie Aktionsfläche „Platte“, Spiel- und Freizeitfläche „Schildkröte“, angrenzende Garagengrundstücke, Parkplatzflächen sowie auch die besagte Skateranlage (Jugendaktionsfläche Kantstraße). Aktuell erfolge die Vergabe der Leistung für die Machbarkeitsstudie, der Zuschlag sei für November 2023 geplant. Ab dem Zuschlag habe das beauftragte Büro dann 3 Monate zur Bearbeitung. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie können weitere Akteure (wie zum Beispiel Anwohner*innen, Stadtteilnetzwerk etc.) eingebunden werden. Erste Ergebnisse würden dazu, in Abhängigkeit von der Vergabe, voraussichtlich im Februar/März 2024 vorliegen. Dann könne erneut berichtet werden.

In der anschließenden Diskussion wird kontrovers über die Machbarkeitsstudie diskutiert. Man befürchte, dass die Aussicht auf die Ersatzflächen keine ausreichende Lösung darstellen werde, da aus Sicht der Ausschussmitglieder auch keine angemessenen in der Stadt vorhanden seien. Weiterhin habe man keine Einbindung von Trägern und Jugendlichen wahrgenommen. Auch Frau Buhr als Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen bittet um Einbindung in den gesamten Prozess.

Herr Werner führt aus, dass es sich um die Umsetzung des vorgenannten politischen Beschlusses handelt, wofür aktuell die Vergabe durchgeführt wird. Anschließend sagt er eine Beteiligung der genannten Akteure sowie des Jugendhilfeausschusses im Laufe des Prozesses zu. Mit Vorliegen der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie kann erneut eine Berichterstattung im Ausschuss, voraussichtlich im März 2024, erfolgen. Letztendlich müssen die Stadtverordneten am Ende mit Hilfe der Ergebnisse über den weiteren Fortgang und Umsetzung entscheiden.

5.8 Umsetzungsstand Haushaltsaufstellungsverfahren Kindeswohlprinzip

Frau Stefanie Buhr, Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen im Büro für Chancengleichheit und Vielfalt 904 der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet zum Vorhaben der Landeshauptstadt Potsdam nach dem Beschluss. Der Oberbürgermeister habe das Positionspapier zur kinderfreundlichen Kommune unterzeichnet. Diese Information sei an den Verein

Kinderfreundliche Kommunen e.V. weitergeleitet worden. Weiterhin werde im neuen Haushaltsaufstellungsverfahren der Landeshauptstadt Potsdam ein neues Programm verwendet, dass die kommunalen Haushaltsaufwendungen transparent und in Echtzeit darstellen könne (Beispielkommunen hierfür sind Frankfurt/Oder und Brandenburg an der Havel). Der Prozess befinde sich im Roll-Out in der Verwaltung. Durch diese Transparenz, die das neue Tool biete, könnten Kennzahlen zu kinder- und jugendrelevanten Haushaltsaufwendungen konkret ausgelesen werden. Dieses Programm soll von Jugendlichen eines Seminarkurses in einem „planspielähnlichen“ Workshop getestet werden. Zum weiteren Vorgehen erläutert Frau Buhr, dass die Orientierung auf Kinder- und Jugendfreundlichkeit darüber hinaus als gesamtstädtisches Ziel einen höheren Stellenwert in der strategischen Ausrichtung der Landeshauptstadt erhalten soll und in diese bis 2026 mit aufgenommen werden. Hieraus folge die Umsetzung von strategischen Zielen im Querschnitt der Verwaltung sowie die Implementierung von strategischen Projektplanungen in den Geschäftsbereichen.

Welche Konsequenzen habe das Positionspapier in Bezug auf den Haushalt auf Dauer? Werde das dort abgesichert? Frau Buhr sagt zu, diese Fragestellungen zu klären.

Es wird eine regelhafte quartalsweise Berichterstattung zum aktuellen Sachstand durch Frau Buhr vereinbart.

5.9 Prüfkommision Antrag Chill out e.V.

Für die Prüfung des Antrages vom 30.09.2022 von Chill out e.V. für eine zusätzliche Jugendberatungsstelle „bloQtalk“, möge der Jugendhilfeausschuss eine Person in das Prüfungsgremium entsprechend des Beschlusses zur Drucksache 23/SVV/0813 entsenden. Frau Tietz erläutert hierzu kurz.

Frau Julia Schultheiss meldet sich als Mitglied des Jugendhilfeausschusses zur Mitwirkung in der Prüfkommision.

Herr Reimann stellt dies zur Abstimmung.

Abstimmung:
einstimmig angenommen

5.10 Information zu überplanmäßigen Aufwendungen in den Bereichen HzE und Kita im Doppelhaushalt 2023/2024

Herr Prof. Dr. Hafezi berichtet zur überplanmäßigen Aufwendung für den Kita-Bereich. Man habe dazu auch schon im Hauptausschuss vorgetragen, warum man diese Mehraufwendungen in die Stadtverordnetenversammlung einbringen müsse. Ausgangspunkt sei gewesen, dass man als Geschäftsbereich verpflichtet sei, sich an bestimmten Stichtagen den Haushalt anzuschauen und einen Iststand zurückzumelden. Dies geschah zuletzt zum 30.09.2023. Im Ergebnis habe man festgestellt, dass Planzahlen für 2 Produktbereiche nicht mit den Istzahlen übereinstimmen würden. Dies betraf den Bereich Kita sowie Hilfen zur Erziehung. Für den Bereich Kita habe man im Doppelhaushalt 2023/2024 Aufwendungen in Höhe von ca. 161 Mio. Euro geplant. Mit Stand 30.09.2023 konnte man jedoch Istaufwendungen bis Ende des Jahres in Höhe von ca. 169 Mio. verzeichnen. Im Bereich Hilfen zur Erziehung habe man mit ca. 43 Mio. Euro Aufwendungen geplant. Der Iststand zum 30.09.2023 ergab einen

Aufwand von ca. 46 Mio. Euro bis Ende des Jahres. Es handle sich um pflichtige Leistungen, womit die Landeshauptstadt Potsdam die Verpflichtung habe, diese Positionen gegen zu finanzieren. Für die Mehraufwendungen im Kitabereich werde man einen Beschluss in die nächste Stadtverordnetenversammlung einbringen. Die Mehraufwendungen im Bereich Hilfen zur Erziehung werde man zur Beschlussfassung in den Hauptausschuss geben. Man wolle zur Deckung der Mehraufwendungen unter anderem „Restübertragungen“ aus anderen Geschäftsbereichen vornehmen.

In der anschließenden Diskussion wird kritisiert, dass keine Gründe für die Kostensteigerungen genannt wurden. Herr Prof. Dr. Hafezi bekräftigt, dass auch er die Ursachen eruieren und transparent machen wolle, um die Planung für die Zukunft besser aufstellen zu können.

PAUSE 18:48 – 19:00 Uhr

6 Bericht des Kita-Elternbeirates

Herr Reimann hat die Sitzung verlassen und Frau Dr. Müller übernimmt als stellvertretende Ausschussvorsitzende die Sitzungsleitung.

Herr Witzsche berichtet zur Neu-Konstituierung des Beirates, dass am Dienstag die konstituierende Sitzung des Kreiskitaelternbeirats stattgefunden hätte, bei der die Beiratsmitglieder für die neue Legislatur erstmalig zusammengekommen seien. Man freue sich über viele neue und motivierte Gesichter, auch wenn die Anzahl der Einrichtungen, die Vertreter*innen entsendet hätten, noch geringer sei als man sich das wünschen würde. Man werde weiterhin auf Träger und Einrichtungen zugehen, um noch mehr Beiratsmitglieder gewinnen zu können. Im Rahmen der Sitzung habe man drei langjährige Vorstandsmitglieder verabschiedet und konnte erfreulicherweise drei neue, engagierte Vorstandsmitglieder wählen. Die erste reguläre Sitzung des neuen Beirats finde am 14.11.2023 statt, in der man gemeinsam die Themenschwerpunkte für die kommenden zwei Jahre herausarbeiten wolle.

Am vergangenen Freitag habe die allererste gemeinsame Sitzung von Kultusministerkonferenz und Jugend- und Familienministerkonferenz in Berlin stattgefunden. Themen seien unter anderem der Übergang Kita-Schule und die Fachkräftesituation in Schulen und Kitas gewesen. Als KiTAKOLLAPS-Aktionsbündnis habe man sich die Chance nicht entgehen lassen und gemeinsam mit dem Berliner Bündnis "Schule muss anders" die Forderungen aus dem Bildungswende-Protest an die Vorsitzenden der beiden Konferenzen übergeben.

Im Jahr 2022 habe eine Arbeitsgruppe innerhalb des Gremiums eine Erzieher*innenumfrage zum Thema Inklusion durchgeführt. Wissenschaftlich fundiert und professionell ausgewertet habe die AG die kognitiven, affektiven und verhaltensbezogenen Einstellungen der Erzieher*innen zum Thema Inklusion in der Kindertagesbetreuung erfasst. In allen drei Bereichen zeigten die Befragten eine eher positive Einstellung, unabhängig von ihrem Alter und der Berufserfahrung. Ein Großteil der Befragten sei bereit, sein eigenes Verhalten und seine eigene Arbeitsweise anzupassen, um die positiven Wirkungen von gemeinsamem Spielen und Lernen zu erzielen. Überraschend sei jedoch die Feststellung, dass fast die Hälfte der Befragten angebe, dass Kinder mit Förder- und Unterstützungsbedarfen in separaten Fördereinrichtungen betreut werden sollten. Dieser augenscheinliche Widerspruch weise möglicherweise darauf hin, dass die befragten Erzieher*innen Hindernisse sehen, welche die Umsetzung von Inklusion erschweren. Gemeinsam mit der Verwaltung und den Trägern wolle man hier nun Handlungsideen ableiten, um dem wichtigen Thema weitere Impulse geben

zu können.

Es wird vereinbart den Ergebnisbericht zur Inklusionsumfrage per E-Mail an die Ausschussmitglieder zu schicken.

Weiter wurde vereinbart, das Thema in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses in einem gesonderten Tagesordnungspunkt ausführlich zu besprechen.

7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

AG JuFö

Die AG hat nicht getagt.

AG HzE

Herr Küken berichtet, dass die seitens der AG Hilfen zur Erziehung autorisierte Unterarbeitsgemeinschaft Ambulante Hilfen am 16.10.2023 getagt habe.

In der vergangenen Woche seien im Zusammenhang mit den fehlenden 10 Millionen Euro, welche durch Kostensteigerungen im Bereich Hilfen zur Erziehung und Kita begründet wurden, seitens der Presse unter anderem die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge als Ursache benannt. Dem möchte man deutlich widersprechen. Sicherlich sei eine Kostensteigerung sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich zu verzeichnen. Diese sei aus Sicht des Bereiches Hilfen zur Erziehung multifaktoriell. Unter anderem: die Entwicklung der FLST und Tagessätze durch deutlich gestiegene Personalkosten, die Kostenentwicklung durch die allgemeine Inflationsrate, zu beobachtende Problematiken (unter anderem durch Isolation im Rahmen von Schul- und Kitaschließungen) während und nach der Covid 19 Pandemie bei Kinder, Jugendlichen und Familien. Weiterhin sei Potsdam eine wachsende Stadt – dementsprechend würden sich natürlich auch die Bedarfe in den Arbeitsfeldern des Jugendamtes entwickeln.

Die Vertreterinnen und Vertreter der ambulant tätigen Träger hätten gemeinsam mit dem öffentlichen Träger vor über einem Jahr einen Prozess begonnen, um die Rahmenbedingungen für die ambulanten Hilfen anzupassen. Im Frühjahr sei vereinbart worden, bis zum Beginn 2024 eine Rahmenvereinbarung zu erarbeiten. Dazu hätten bereits mehrere konstruktive Verhandlungsrunden stattgefunden. Zum Ende September sollte seitens des öffentlichen Trägers eine schriftliche Rückmeldung zu den Vorschlägen erfolgen. Leider habe dies nicht stattgefunden und es erfolgte keine offizielle Information. Nach Rückfrage erhielt Herr Küken die Antwort, dass Herr Prof. Dr. Hafezi als Beigeordneter und kommissarischer Leiter des Fachbereiches sich des Sachverhaltes angenommen hätte. Da die aktuellen Verträge bis auf wenige Ausnahmen zum 31.12.2023 enden würden, bestehe aus Sicht der Träger dringender Handlungsbedarf. Herr Küken weist daraufhin, dass es einen vereinbarten Folgetermin am 06.11.2023 von 09.00 Uhr bis 12.00 Uhr geben werde und halte es für dringend angebracht, dass dieser gemeinsam stattfinde. Selbstverständlich sei man in diesem Rahmen sehr interessiert an einem Austausch.

Es erfolgte die Vorstellung des Projektes „Calz“, Abkürzung für Careleaver-Zentrum. Das Zentrum soll Bedingungen für junge Menschen schaffen, die es ihnen ermöglichen, nicht in

anderen Hilfesystemen zu „landen“, sondern ihnen die Zeit geben, sich in einem Beziehungskontext zu entwickeln, der Familie nicht ersetzt, aber Strukturen und Halt bietet. Im CALZ-Projekt finden sie verlässliche Ansprechpartner, die ihnen an einem sicheren, geschützten Ort Halt und Sicherheit geben. Seitens der AG werde empfohlen, die Mitarbeiter*innen des sehr interessanten Projektes zum Jugendhilfeausschuss einzuladen, um es dort vorzustellen.

Bezüglich des Careleaverprojektes „Calz“, wozu in der letzten Sitzung berichtet wurde, möchte er dran erinnern, dass eine Vorstellung im Jugendhilfeausschuss empfohlen werde. Es wird vereinbart das Thema im Unterausschuss Jugendhilfeplanung zu besprechen.

Zu den angesprochenen Rahmenbedingungen werde sich Herr Prof. Dr. Hafezi nach einer fachlich, qualitativen Prüfung zeitnah bei Herrn Küken melden.

AG Kita

Frau Frenkler berichtet, dass die AG am 13.10.2023 getagt habe.

Die Kita-Finanzierung 2023 solle nach Aussagen der Verwaltung nur sehr geringe Kostensteigerungen enthalten. Dies habe zur Folge, dass noch mehr Träger die Fehlbedarfsfinanzierung in Anspruch nehmen müssen, da die Pauschalen für weitere Träger nicht mehr auskömmlich seien. Einige Träger wiesen darauf hin, dass die Sachbearbeiter*innen Kitafinanzierung der Landeshauptstadt Potsdam das gemeinsame Ziel im Blick haben müssen, die Betreuung der Kinder finanziell abzusichern. Es wird darum gebeten, die Haltung in der Verwaltung grundsätzlich zu thematisieren.

Zum Stadtverordnetenbeschluss zu Kinder mit besonderen Bedarfen werden bisher die Einrichtungen durch die Verwaltung ausgewählt, die mehr als 40 % Kinder mit Migrationshintergrund betreuen. Im Jahr 2024 würden weitere 900.000 Euro für die Betreuung von Kindern mit besonderem Bedarf zur Verfügung stehen. Jetzt müsse gesichert werden, dass weitere Kriterien in die Auswahl der Standorte durch die Verwaltung einfließen, zum Beispiel hohe Anzahl an Familien im Bürgergeldbezug, Alleinerziehende, das Kriterium des Anteils der Kinder mit Frühförderbedarf, Unterstützungsbedarf der Familien, Auffälligkeiten im sozial-emotionalen Bereich. Das Thema werde erneut in der Novembersitzung der AG behandelt.

Bezüglich des Überangebotes mit Bezug zur integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung habe man besprochen, dass zum Stichtag 01.09.2023 ca. 4.000 Plätze verfügbar wären, die nicht nachgefragt werden. Der Geburtenknick Anfang der 90er Jahre sei jetzt spürbar. Drei Jahre hintereinander seien mehr Menschen verstorben als geboren. Es bestehe die Frage, ob die Landeshauptstadt Potsdam weitere zehn kommunale Einrichtungen ohne Bedarf errichten könne. Auch vor dem Hintergrund der Kosten sollten individuelle Regelungen getroffen werden, wie zum Beispiel mit der Raumnutzung beziehungsweise Kapazitätsreduzierung an einzelnen Standorten verfahren wird.

Der Bedarf an Fachkräften in Kitas steige, auch durch die hohe Anzahl von Beschäftigten, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand wechseln würden. Ausreichend Fachkräfte zu gewinnen und zu halten gelinge nur dann, wenn die Rahmenbedingungen und Teamsituationen stimmen würden. Dazu müssen Entscheidungen getroffen werden, welche finanziellen Mittel die Landeshauptstadt für die Fachkräftesicherung aufbringen wolle. Das Thema Personalbedarfsentwicklung werde erneut in der Novembersitzung der AG behandelt.

Das Kita-Portal solle zum Herbst 2024 starten. Zuvor würden Workshops und Schulungen durchgeführt.

UA JHP

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung tagte am Donnerstag, den 12.10.2023.

Die Themenplanung des Unterausschusses sieht folgende Themenplanung in den nächsten Monaten vor: Kinderschutzbericht und Stand Umsetzung Anträge zum HH-Beschluss im November; Gremien- und Kommunikationsstrategie und Zwischenbericht aktuelle Organisationsuntersuchung des Allgemeinen Sozialen Dienstes im Dezember; erneute Darstellung der Konzepte und Projekte der Arbeitsgemeinschaft Strategie, Bildung und Jugendhilfe der Landeshauptstadt Potsdam in der Januarsitzung 2024. Eine langfristige Planung einer Klausur des Jugendhilfeausschusses in 2024 für die Empfehlungen und Vorbereitung für die Arbeit des neuen Jugendhilfeausschusses wird empfohlen.

In Vorbereitung der nächsten Präsentation der Jugendberufsagentur im Jugendhilfeausschuss habe man rekapituliert, dass die letzte Präsentation im April 2023 stattgefunden habe. Dabei sei es um die grundsätzliche Zusammensetzung gegangen. Man habe Aussagen zur konkreten aktuellen Arbeit vermisst. Man vereinbart von den drei Partnerorganisationen Jugendamt, Arbeitsagentur und Jobcenter schriftlich folgende Fragen beantworten zu lassen: 1) Was hat sich durch die Jugendberufsagentur für Ihre Arbeit verändert, 2) Was hat sich für Ihre Zielgruppen verändert, 3) Was wird in die Jugendberufsagentur investiert (personeller u. finanzieller Mehraufwand). Danach wird der Unterausschuss entscheiden, ob eine erneute Vorstellung im Jugendhilfeausschuss zielführend sei. Grundsätzlich sollte geklärt werden, ob eine Investition in die Jugendberufsagentur sinnvoll ist. Folgende Fragen wurden noch ergänzt: 4) Wie oft wurde eine Streichung des Leistungsbezuges verhindert, 5) Gibt es statistische Darstellungen, unter anderem zu Migration und Förderbedarfen. Weiterhin wird gewünscht, dass auch Träger oder Nutzende der Jugendberufsagentur angehört werden.

Zur Auswertung der Veranstaltung zur Fachkräftethematik von 2019 habe man rekapituliert, dass die Ideen von vor 4 Jahren fast alle noch aktuell seien. Die neue Prioritätengrafik decke sich weitestgehend mit den abgeleiteten Handlungsempfehlungen der Planungsgruppe der Jugendhilfe von 2020. Der Unterausschuss befasse sich nach der Ergebnissichtung in kleiner Gruppe erneut damit.

Man wünsche eine Information vom Jugendamt zum 10,3 Mio. Euro „Loch“ im Fachbereich 23 für die Bereiche Kita und Hilfen zur Erziehung. Dies sei in der heutigen Sitzung erfolgt.

Weiterhin unterbreite man einen Terminvorschlag für die Unterarbeitsgemeinschaft zur Jugendförderplanerstellung.

8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

8.1 Anerkennung des Trägers Montelino e.V. gemäß § 75 SGB VIII

23/SVV/1048
ungeändert beschlossen

Frau Dr. Müller fragt, ob es zu der Beschlussvorlage Anmerkungen oder Fragen gibt. Dies ergibt sich nicht.

Sie stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Die Anerkennung des Trägers Montelino e.V. als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII auf der Grundlage seiner Satzung vom 25.03.2023

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

8.2 Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft

23/SVV/0676
vertagt

Wiedervorlage vom 28.09.2023.

Der Tagesordnungspunkt wird seitens der Fraktion auf die Novembersitzung zurückgestellt.

9 Sonstiges

Keine Anmerkungen.

Vorsitz:

Protokollführung:

Dr. Sigrid Müller
Tiemo Reimann

Eva Thäle



Digitale Betreuungsplatzvergabe

Kita-Planer

Vorstellung der Projekteinführung



- 01** Projektablauf
- 02** Referenzen
- 03** Aufbau und Funktionen
- 04** Kita-Planer Vorschau

Kita-Planer

Projekttablauf



Projekttablauf

Meilensteine für die Einführung der Anwendung Kita-Planer



Kita-Planer

Referenzen



Über Kita-Planer

Kita-Planer in Zahlen



2012

Kita-Planer
Geburt



17

Personen im Team



5.000+

Einrichtungen im
Portal

Hier sind wir im Einsatz

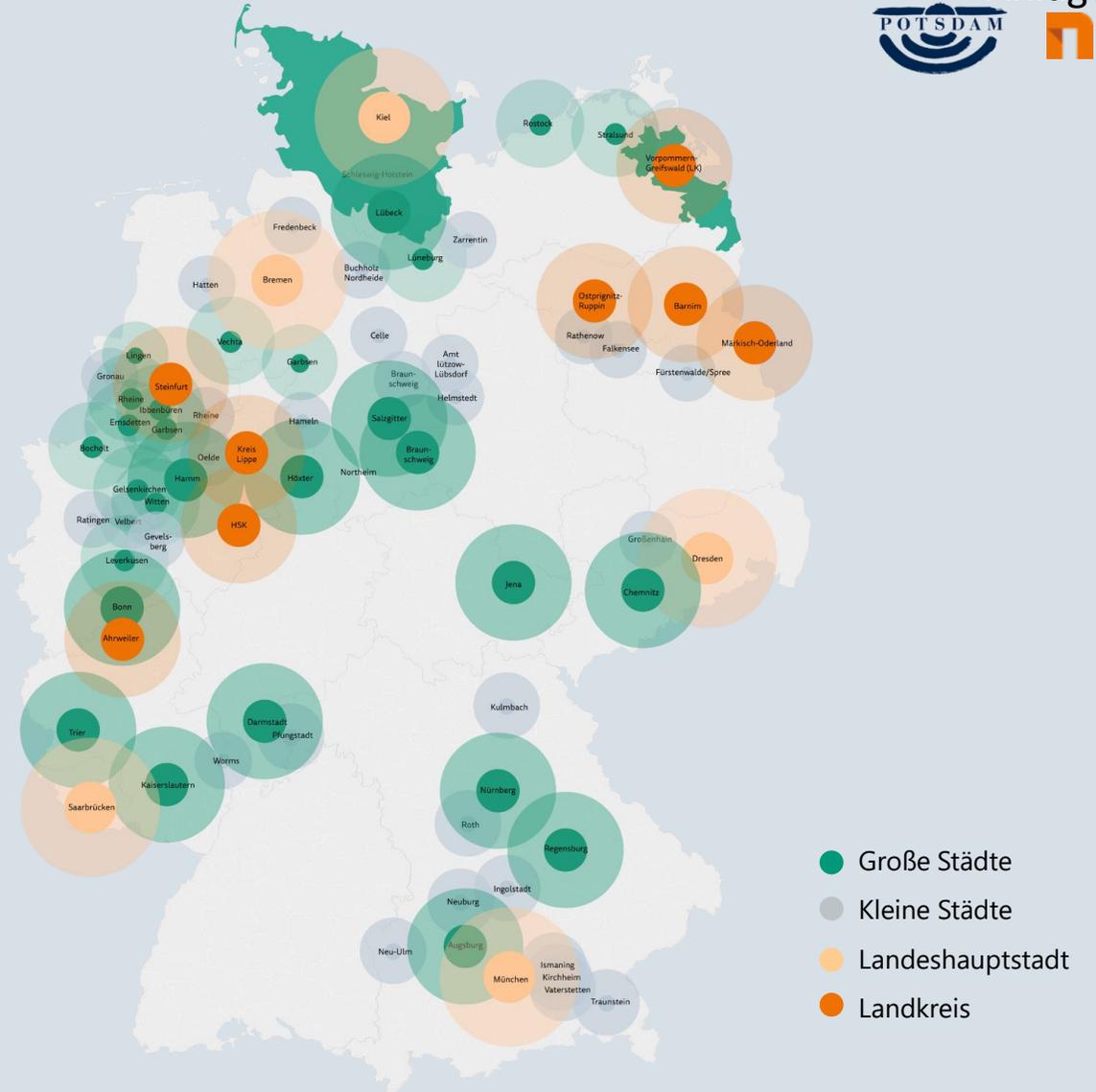
12 Mio.
Einwohner

5.000+
Kitas & Tages-
pflegepersonen

80+
Städte

10
Landkreise /
Bundesländer

20+
Gemeinden

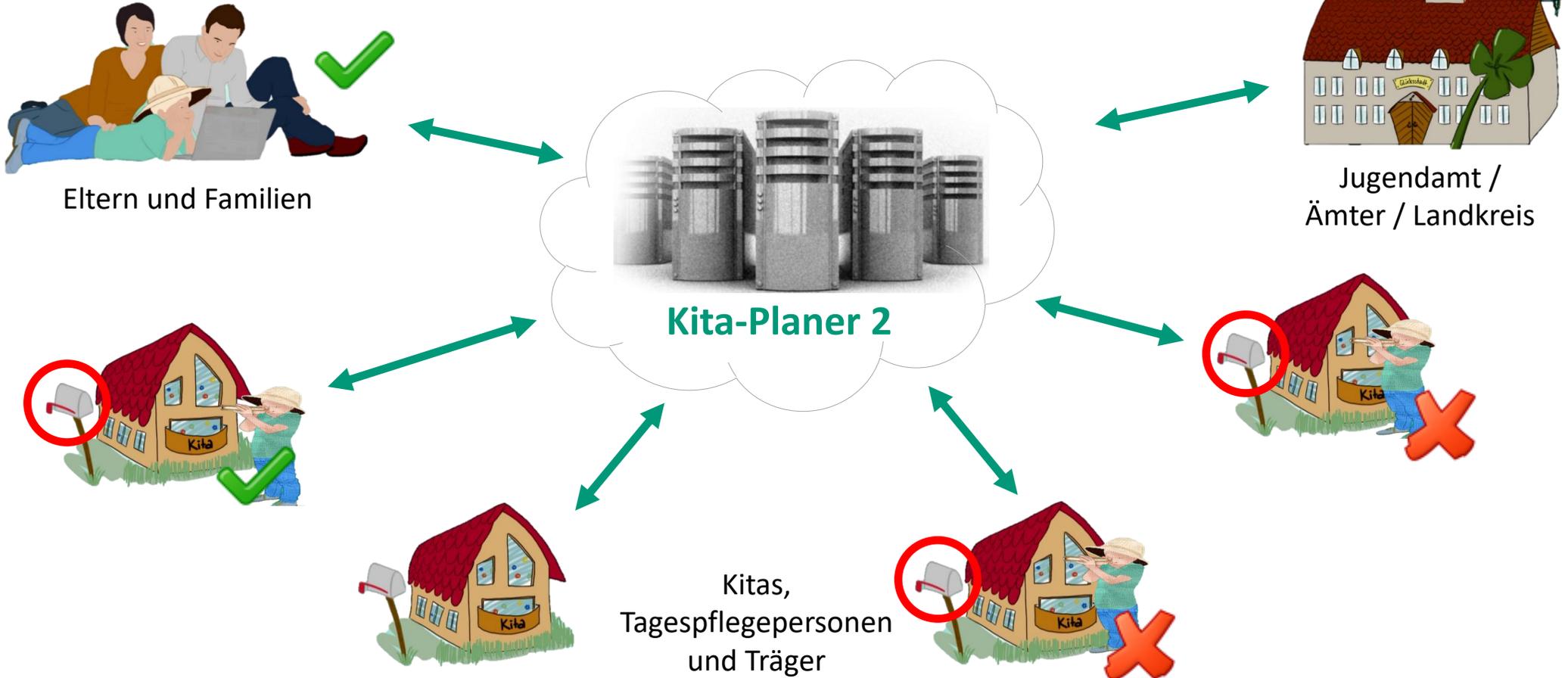


Kita-Planer

Aufbau & Funktionen



Kita-Planer Grundfunktionen



Nutzen für Erziehungsberechtigte

- » Einheitlicher Überblick über alle Kitas/ Tagespflegepersonen online
- » Vormerkung vom „Sofa“ möglich
- » Einmalige Eingaben der Daten im Benutzerkonto
- » Benutzerkonto ermöglicht Änderung der Kontaktdaten und automatische Übermittlung an die ausgewählten Kitas

Umfangreiche, flexible Suchfunktion

- 01 Stadtteile/Ort
- 02 Umkreissuche
- 03 Öffnungszeiten
- 04 Altersgruppe u.v.m.

Nutzen für Kitas



- + Keine Doppeleingaben
Optimalfall: Eltern geben Daten ein
- + Doppelanmeldungen werden erkannt
- + Automatisierte Wartelistenbereinigung
automatische Absage durch Vertrag in einer anderen Einrichtung
- + Integrierte Kita-Verwaltungsoptionen
z.B. automatische Dokumenterstellung, Gruppen, Wiedervorlagen, etc.
- + Webbasiertes System    

Nutzen für freie Träger



- + stetiger Überblick zur Belegung der eigenen Einrichtungen
- + Einstellung von einheitlichen Dokumentvorlagen möglich
- + Programm wird Ihnen zur Verfügung gestellt
- + Einstellung von individuellen Auswertungen möglich
- + Anbindung an Trägersoftware per Schnittstelle

Nutzen für die Stadt



- + gezielte Vermittlung von freien Plätzen (Rechtsanspruch) in Absprache mit der jeweiligen Einrichtung
- + exakte und schnelle Daten zur Bedarfsplanung
- + Hinterlegung aller Statistiken möglich
- + Optimierung der Kommunikation zwischen Kitas und Stadt/Kreis – Stadt/Kreis kann Daten zu Vormerkungen und Belegung selbst auswerten
- + Familienfreundlichkeit (Moderne Kommune)



- + DSGVO-konformes Datenschutz- und Sicherheitskonzept
- + Nachrichten zwischen Kita-Planer Datenbank und Elternaccounts sind verschlüsselt
- + Zugang für Nutzer:innen erfolgt durch zweifache Authentifizierung (Passwortschutz und Sicherheitszertifikat)
- + ausgeprägtes Rollen und Zugriffskonzept (Einrichtungen sehen und bearbeiten nur Daten zu Kinder, für die sie eine Anmeldung erhalten haben)
- + bei Inaktivität erfolgt ein automatischer Logout

Kita-Planer

Kita-Planer Vorschau

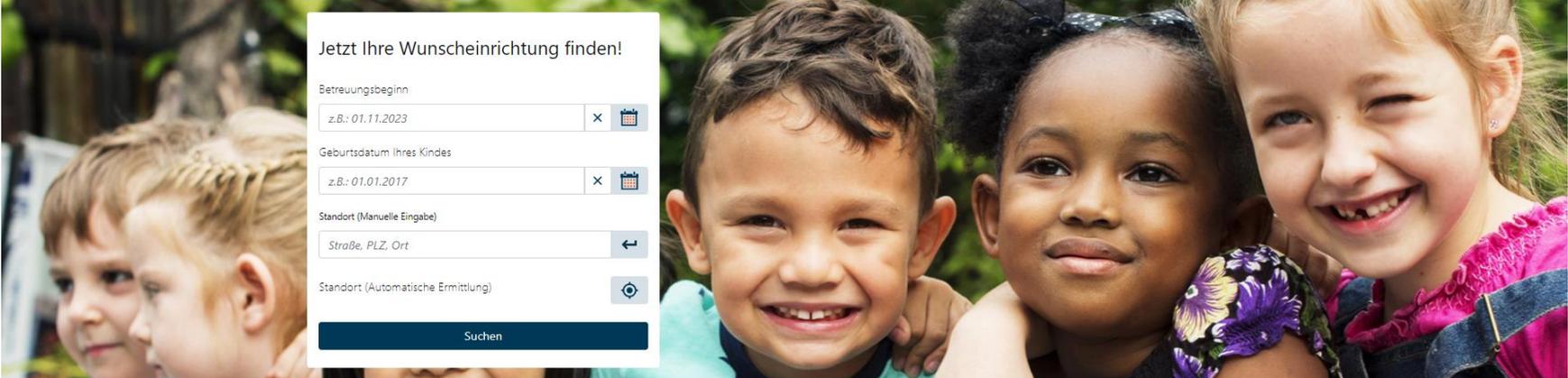




Kita-Portal Landeshauptstadt Potsdam

 Meine Auswahl
Meine gewählten Einrichtungen
 Mein Konto
Jetzt anmelden

Startseite
Einrichtungssuche



Jetzt Ihre Wunschrichtung finden!

Betreuungsbeginn
 ✕ 

Geburtsdatum Ihres Kindes
 ✕ 

Standort (Manuelle Eingabe)
 ↩

Standort (Automatische Ermittlung) 

Suchen



Schritt 1: Suche

Informieren Sie sich zu
Betreuungsangeboten in der Stadt.
Musterhäusern und suchen Einrichtungen
passend zu den individuellen Bedürfnissen
Ihres Kindes.



Schritt 2: Auswahl

Wählen Sie die Einrichtungen für Ihre
Anmeldung über die Schaltfläche
Einrichtung auswählen aus.



Schritt 3: Anmeldung

Über den Menü-Punkt "Meine Auswahl"
können Sie für die ausgewählten
Einrichtungen Anmeldungen durchführen.
Ihr Kind ist daraufhin auf den Wartelisten
der ausgewählten Einrichtungen vermerkt.



Schritt 4: Ihr Vertrag

In Ihrem Benutzerkonto erhalten Sie
Nachrichten bei Änderungen zu Ihren
Anmeldungen. Die Platzvergabe erfolgt
nach den Kriterien der Einrichtungen. Im
Falle einer Platzzusage werden Sie über Ihr
Benutzerkonto informiert und können mit
der jeweiligen Einrichtung daraufhin einen
Betreuungsvertrag schließen.



Kita-Portal Landeshauptstadt Potsdam

Meine Auswahl
Meine gewählten Einrichtungen
 Mein Konto
Jetzt anmelden

Startseite
Einrichtungssuche

Angaben zum Betreuungsplatz

Betreuungsbeginn

z.B.: 01.11.2023 ✕

Geburtsdatum Ihres Kindes

z.B.: 01.01.2017 ✕

Nur Einrichtungen mit freien Kapazitäten für meinen Betreuungswunsch anzeigen

Täglicher Betreuungszeitraum

von - bis

Angaben zur Lage

Standort (Manuelle Eingabe)

Straße, PLZ, Ort ↩

Standort (Automatische Ermittlung)

Stadtteil

Bitte auswählen ⌵

Angaben zur Einrichtung

Betreuungstyp

Bitte auswählen ⌵

Träger

Bitte auswählen ⌵

Einrichtung

Bitte auswählen ⌵

Einrichtungssuche nach

Keine Filter gewählt

38 Einrichtungen gefunden

Listenansicht
Kartenansicht



Arnulf-Park-Kindergarten
Landeshauptstadt Potsdam

Gregor-Mendel-Straße 30, 14469 Potsdam

Entfernung: Standortangabe fehlt
Öffnungszeiten: von 07:00 bis 17:30

Betreuungsangebot:
Kinder im Alter von 3;0 M. bis 14;0 M.

Platzsituation
Mit Ihren Angaben nicht ermittelbar

Einrichtung auswählen



Balthasar - Ev. Kindergarten
Evangelische Kirchengemeinde Potsdam

Erch-Mendelsohn-Allee 8, 14469 Potsdam

Entfernung: Standortangabe fehlt
Öffnungszeiten: von 07:30 bis 18:00

Betreuungsangebot:
Kinder im Alter von 3;0 M. bis 14;0 M.

Platzsituation
Mit Ihren Angaben nicht ermittelbar

Einrichtung auswählen



Bambi-Kita
Landeshauptstadt Potsdam

Mies-van-der-Rohe-Straße 5, 14469 Potsdam

Entfernung: Standortangabe fehlt
Öffnungszeiten: von 07:30 bis 17:30

Betreuungsangebot:
Kinder im Alter von 3;0 M. bis 14;0 M.

Platzsituation
Mit Ihren Angaben nicht ermittelbar

Einrichtung auswählen


Kita-Portal Landeshauptstadt Potsdam

 Meine Auswahl
Meine gewählten Einrichtungen
 Mein Konto
Jetzt anmelden

Startseite
Einrichtungssuche

< Zurück zur Übersicht



Demo Kita

Träger der Einrichtung: Landeshauptstadt Potsdam

 Einrichtung auswählen

Betreuungsangebot

<p>Betreute Altersstufen:</p> <p>Integrative Betreuungsplätze</p> <p>Barrierefreier Zugang</p>	<p>Kinder im Alter von 3;0 M. bis 14;0 M.</p> <p>✖ nicht vorhanden</p> <p>✔ vorhanden</p>
--	---

Platzsituation

06.10.2021: Ändern

<div style="border: 1px solid #ccc; padding: 5px; margin-bottom: 5px;"> September 2023 <div style="display: flex; align-items: center; margin-left: 10px;"> 1 Nur wenige Plätze verfügbar Alter Ihres Kindes am Monatsanfang: 1 Jahre, 10 Monate </div> </div> <div style="background-color: #ccc; border: 1px solid #ccc; padding: 5px; margin-bottom: 5px;"> Oktober 2023 <div style="display: flex; align-items: center; margin-left: 10px;"> 2 Nur wenige Plätze verfügbar Alter Ihres Kindes am Monatsanfang: 1 Jahre, 11 Monate </div> </div> <div style="border: 1px solid #ccc; padding: 5px;"> November 2023 <div style="display: flex; align-items: center; margin-left: 10px;"> 3 Nur wenige Plätze verfügbar Alter Ihres Kindes am Monatsanfang: 2 Jahre, 0 Monate </div> </div>	<div style="text-align: center; margin-bottom: 10px;"> <div style="background-color: #003366; color: white; padding: 5px; border-radius: 5px; width: 50px; margin: 0 auto;">früheres Jahr</div> <div style="background-color: #003366; color: white; padding: 5px; border-radius: 5px; width: 50px; margin: 0 auto;">früherer Monat</div> </div> <div style="text-align: center;"> <div style="background-color: #003366; color: white; padding: 5px; border-radius: 5px; width: 50px; margin: 0 auto;">späterer Monat</div> <div style="background-color: #003366; color: white; padding: 5px; border-radius: 5px; width: 50px; margin: 0 auto;">späteres Jahr</div> </div>
--	--

Öffnungszeiten

<p>Hauptöffnungszeiten:</p> <p>Genaue Öffnungszeiten:</p>	<p>von 07:00 bis 17:00</p> <p>Montag bis Donnerstag 07:00 - 17:00</p> <p>Freitag 07:00 -16:00</p>
---	---

Lage

<p>Anschrift:</p> <p>Entfernung:</p> <p>Stadtteil:</p>	<p>Lennestraße 15, 14469 Potsdam</p> <p>Für die Berechnung der Entfernung wird der Standort benötigt</p> <p>Innenstadt</p>
--	--



netgo Kita-Planer
netgo

Hauptmenü ▾
Extras ▾ Hilfe ▾ admin [Abmelden](#) 30 Min

Landeshauptstadt Potsdam

- Kitas
- Tagespflege
- Freie Plätze
- Warteliste
- Kinder
- Postfach
- Integrationsanträge
- Auswärtige Kinder
- Träger
- Dokumentvorlagen
- Arbeitsschritte
- Statistik
- Historie

Übersicht der Kitas

Neue Einrichtung anlegen

Name

Stadtteil/Lage

nur Einrichtungen mit freien Plätzen anzeigen
 inaktive Einrichtungen anzeigen

Platzsituation im

15 passende Einrichtungen gefunden.

Suchmaske leeren
Suchen

Eingeschränkte Suche
Suchfeld leeren

Einrichtungsnamen	Träger	Stadtteil/ Lage	Straße	PLZ	Freie Plätze g...	U3	Ü3	Hort
Arnulf-Park-Kindergarten	Landeshauptstadt Potsdam	Innenstadt	Gregor-Mendel-Straße 30	14469	9	4	4	1
Baobab-Kita	Landeshauptstadt Potsdam	Innenstadt	Sellostraße 4	14471	9	4	4	1
Bude-Kids	Landeshauptstadt Potsdam	Innenstadt	Wilhelm-Staab-Straße 41	14467	9	4	4	1
Demo Kita	Landeshauptstadt Potsdam	Innenstadt	Lennestraße 15	14469	19	9	3	7
Elterninitiative	Elterninitiative e.V.	Innenstadt	Rembrandtstraße 1	14467	9	4	4	1
Hort Eisbär	AWO	Innenstadt	Erich-Weinert-Straße 1	14478	25	0	0	25
Hort Junioren	Deutsches Rotes Kreuz	Innenstadt	Gartenstraße 1	14482	25	0	0	25
Hort Kletterfreunde	Landeshauptstadt Potsdam	Innenstadt	Rudolf-Breitscheid-Straße 1	14482	25	0	0	25
Hort Sophien	Evangelische Kirchengemeinde Potsdam	Innenstadt	Friedrich-Engels-Straße 1	14473	5	0	0	5
Hort Umka	AWO	Innenstadt	Bisamkiez 1	14478	5	0	0	5
Kita Sonnenfreunde	AWO	Innenstadt	Burgstraße 1	14467	9	4	4	1
Krippe Casa Fantasia	Landeshauptstadt Potsdam	Innenstadt	Großbeerenstraße 1	14480	10	10	0	0
Krippe Kinderakademie	Deutsches Rotes Kreuz	Innenstadt	Friesenstraße 1	14482	7	7	0	0
Uni-Kindergarten	Studierendenwerk Potsdam	Innenstadt	Schiffbauergasse 1	14467	9	4	4	1
Zukunftskinder	Unternehmens-Gruppe Deutschland	Innenstadt	Berliner Str. 1	14467	9	4	4	1

Kinddaten aus dieser Einrichtung übertragen
Neue Bewerbung erfassen...
Bearbeiten

netgo Kita-Planer netgo

Hauptmenü ▾ Extras ▾ Hilfe ▾ admin [Abmelden](#) 30 Min

Landeshauptstadt Potsdam

Kitas
Tagespflege
Freie Plätze
Warteliste
Kinder
Postfach
Integrationsanträge
Auswärtige Kinder
Träger
Dokumentvorlagen
Arbeitsschritte
Statistik
Historie

Übersicht der Kinder

Übersicht Kontaktaufnahme Eltern

Art der Suche

von bis

99 Ergebnisse [Liste aktualisieren](#) [Zurücksetzen](#)

99/99 Suchfeld leeren

Dat...	Kind-ID	Nachname	Vorname/n	Geburtsdat...	Geschlecht	Status	An...	Einrichtung	Starttermin	Betreuungszeit	Alter (bei Aufnah...	Altersgruppe (bei Aufnah...	Vertragsende	Wechselkind	Letzte Statusände...	Anmelde
✓ OK	536	Baldner	Annegret	23.11.2015	weiblich	Warteliste	1	Hort Sophien	01.08.2024	6 Stunden	8J 8M	Hort	31.07.2030		12.10.2023	
✓ OK	542	Balke	Emil	04.10.2017	männlich	Warteliste	2	Hort Umka	01.08.2024	6 Stunden	6J 9M	Hort	31.07.2032		12.10.2023	
✓ OK	149	Balschmidt	Marie	26.07.2016	weiblich	Warteliste	4	Zukunftskinder	01.08.2024	5 Stunden	8J	Hort	31.07.2030		12.10.2023	
✓ OK	389	Balsmeier	Arnd	25.10.2017	männlich	Warteliste	2	Hort Umka	01.08.2024	5 Stunden	6J 9M	Hort	31.07.2032		12.10.2023	
✓ OK	408	Baumann	Marlene	12.12.2020	männlich	Warteliste	3	Zukunftskinder	01.08.2024	5 Stunden	3J 7M	Ü3	31.07.2027		12.10.2023	
✓ OK	507	Beck	Greta	09.10.2020	weiblich	Warteliste	3	Pusteblume	01.08.2024	6 Stunden	3J 9M	Ü3	31.07.2027		12.10.2023	
✓ OK	780	Berg	Antonia	01.12.2020	männlich	Warteliste	3	Zukunftskinder	01.08.2024	6 Stunden	3J 8M	Ü3	31.07.2027		12.10.2023	
✓ OK	146	Cahill	Joachim	14.07.2016	männlich	Warteliste	1	Demo Kita	01.08.2024	5 Stunden	8J	Hort	31.07.2030		12.10.2023	
✓ OK	896	Carstens	Britta	29.11.2023	weiblich	Warteliste	3	Krippe Casa Fantasia	01.08.2024	8 Stunden	8M	Ü3	31.07.2030		12.10.2023	
✓ OK	204	Casting	Jonas	17.11.2015	männlich	Warteliste	3	Elisabeth St. -Ev. Kita	01.08.2024	5 Stunden	8J 8M	Hort	31.07.2030		12.10.2023	
✓ OK	154	Cernota	Marina	25.05.2018	weiblich	Warteliste	4	Pilgram - Deutsches Rotes Kreuz Kita	01.08.2024	5 Stunden	6J 2M	Hort	31.07.2032		12.10.2023	
✓ OK	164	Chapman	Fritz	25.10.2015	männlich	Warteliste	3	Bude-Kids	01.08.2024	5 Stunden	8J 9M	Hort	31.07.2030		12.10.2023	
✓ OK	358	Chappell	Gebhard	01.10.2015	männlich	Warteliste	3	Pusteblume	01.08.2024	5 Stunden	8J 10M	Hort	31.07.2030		12.10.2023	
✓ OK	792	Claus	Maria	26.12.2020	weiblich	Warteliste	3	Momo - Deutsches Rotes Kreuz Kita	01.08.2024	8 Stunden	3J 7M	Ü3	31.07.2027		12.10.2023	
✓ OK	359	Clausing	Albrecht	22.01.2016	männlich	Warteliste	3	Pusteblume	01.08.2024	5 Stunden	8J 6M	Hort	31.07.2030		12.10.2023	
✓ OK	991	Clausnitzer	Klara	22.11.2020	weiblich	Warteliste	3	Momo - Deutsches Rotes Kreuz Kita	01.08.2024	8 Stunden	3J 8M	Ü3	31.07.2027		12.10.2023	
✓ OK	649	Claus-Stöhner	Johanna	24.12.2020	weiblich	Warteliste	3	Nona - Deutsches Rotes Kreuz Kita	01.08.2024	6 Stunden	3J 7M	Ü3	31.07.2027		12.10.2023	
✓ OK	202	Cline	Henry	15.10.2015	männlich	Warteliste	3	Elisabeth St. -Ev. Kita	01.08.2024	5 Stunden	8J 9M	Hort	31.07.2030		12.10.2023	
✓ OK	434	Conert	Sophia	08.12.2020	weiblich	Warteliste	3	St. Peter - Katholischer Kindergarten	01.08.2024	5 Stunden	3J 7M	Ü3	31.07.2027		12.10.2023	
✓ OK	1369	Cords	Eva	07.11.2020	männlich	Warteliste	3	St. Peter - Katholischer Kindergarten	01.08.2024	8 Stunden	3J 8M	Ü3	31.07.2027		12.10.2023	
✓ OK	554	Crull	Pia	18.06.2016	weiblich	Warteliste	1	Hort Umka	01.08.2024	6 Stunden	8J 1M	Hort	31.07.2030		12.10.2023	
✓ OK	1169	Crüwel	Felix	03.12.2023	männlich	Warteliste	3	Krippe Kinderakademie	01.08.2024	6 Stunden	7M	Ü3	31.07.2030		12.10.2023	
✓ OK	924	Dahus	Annemarie	04.12.2020	weiblich	Warteliste	3	Baobab-Kita	01.08.2024	8 Stunden	3J 7M	Ü3	31.07.2027		12.10.2023	
✓ OK	555	Davider	Bernhard	05.07.2016	männlich	Warteliste	1	Hort Umka	01.08.2024	6 Stunden	8J	Hort	31.07.2030		12.10.2023	

[Export nach Word...](#) [Export nach Excel...](#) [Trennen...](#) [Zusammenfassen](#) [Kind-Akte löschen...](#) [Details](#)

netgo Kita-Planer netgo

Hauptmenü ▾ Extras ▾ Hilfe ▾ admin [Abmelden](#) 30 Min

Landeshauptstadt Potsdam **Kita "Demo Kita"**

Name Träger Stadtteil/Lage

Profil
 Ansprechpartner
 Gruppen **Übersicht der freien Plätze**
 Kinder Freie Plätze Ampel im Elternportal
 Statistik Online-Anmeldungen zulassen Profil im Elternportal anzeigen

Monat	BE	Soll-Bel.	Ist-Bel.	Freie Plätze	Reservierungen	Warteliste	Status Webseite
◄ Oktober	70	70	68	2 [2]	0	11	⚠ Freie Plätze unter Vorbehalt
Unter 3 Jahre		20	18	2 [2]	0	5	⚠ Freie Plätze unter Vorbehalt
Über 3 Jahre		30	30	0 [0]	0	3	✖ Keine freien Plätze
Hort (Schulkind)		20	20	0 [0]	0	3	✖ Keine freien Plätze
► November	70	70	68	2 [2]	0	15	⚠ Freie Plätze unter Vorbehalt
► Dezember	70	70	68	2 [2]	0	15	⚠ Freie Plätze unter Vorbehalt
► Januar	70	70	68	2 [2]	0	15	⚠ Freie Plätze unter Vorbehalt
► Februar	70	70	68	2 [2]	0	15	⚠ Freie Plätze unter Vorbehalt
► März	70	70	68	2 [2]	0	15	⚠ Freie Plätze unter Vorbehalt
► April	70	70	68	2 [2]	0	15	⚠ Freie Plätze unter Vorbehalt
► Mai	70	70	68	2 [2]	0	15	⚠ Freie Plätze unter Vorbehalt
► Juni	70	70	68	2 [2]	0	15	⚠ Freie Plätze unter Vorbehalt
► Juli	70	70	68	2 [2]	0	15	⚠ Freie Plätze unter Vorbehalt
► August	70	70	70	0 [19]	0	31	⚠ Freie Plätze unter Vorbehalt
► September	70	70	70	0 [19]	0	31	⚠ Freie Plätze unter Vorbehalt

[Aktualisieren](#)

[Dokument erstellen...](#) [Schließen](#)

netgo Kita-Planer netgo

Hauptmenü ▾ Extras ▾ Hilfe ▾ admin [Abmelden](#) 30 Min

Landeshauptstadt Potsdam **Kita "Demo Kita"**

Name Träger Stadtteil/Lage

Warteliste [Information zur Speicherung](#)

[Filter zurücksetzen](#)

Filtermöglichkeiten

Vormonate (5) Warteliste Oktober (6) Warteliste November (4) Gesamte Warteliste (65)

[Liste aktualisieren](#) [Mehrfachsortierung...](#) [Spalten ausblenden...](#)

Suchsuche innerhalb der Tabelle: [Suchfeld leeren](#)

Dat...	Nachname	Vorname/n	Geburtsdat...	Status	Betreuungszeit	Vorläufige Absage	Betreuungs...	Starttermin	Altersgruppe (bei Aufnah...	Alter (bei Aufnah...	No...	Prio	Elternprio	Bemerkung Elternprior...	Uhrzeit Be-treuung von	Uhrzeit Be-treuung bis	Persönlich vorgestellt	Erziehu- vorgelegt
✓ OK	Eberhard	Erik	13.11.2015	Warteliste	5 Stunden			01.08.2024	Hort	8J 8M		1	-	nein			nein	ja
✓ OK	Eggenmeier	Fritz	14.01.2018	Warteliste	5 Stunden			01.09.2023	U3	5J 8M		1	-	nein			nein	ja
✓ OK	Ballmann	Ingbert	21.10.2023	Warteliste	6 Stunden			01.08.2026	U3	2J 9M			-	nein			nein	nein
✓ OK	Balschmidt	Marie	26.07.2016	Warteliste	5 Stunden			01.08.2024	Hort	8J			-	nein			nein	nein
✓ OK	Cahill	Joachim	14.07.2016	Warteliste	5 Stunden			01.08.2024	Hort	8J			-	nein			nein	nein
✓ OK	Carlmeyer	Ben	21.01.2024	Warteliste	6 Stunden			01.08.2026	U3	2J 6M			-	nein			nein	nein
✓ OK	Carstens	Britta	29.11.2023	Warteliste	6 Stunden			01.08.2026	U3	2J 8M			-	nein			nein	nein
✓ OK	Cernota	Marina	25.05.2018	Warteliste	5 Stunden			01.08.2024	Hort	6J 2M			-	nein			nein	nein
✓ OK	Claus-Stöhner	Johanna	24.12.2020	Warteliste	6 Stunden			01.08.2024	U3	3J 7M			-	nein			nein	nein
✓ OK	Deitingmeyer	Josef	03.01.2024	Warteliste	6 Stunden			01.08.2026	U3	2J 6M			-	nein			nein	nein
✓ OK	Depenbrock	Luka	10.10.2023	Warteliste	6 Stunden			01.08.2026	U3	2J 9M			-	nein			nein	nein
✓ OK	Deppe	Moritz	01.03.2016	Warteliste	6 Stunden			01.08.2024	Hort	8J 5M			-	nein			nein	nein
✓ OK	Deter	Max	31.10.2017	Warteliste	5 Stunden			01.08.2025	Hort	7J 9M			-	nein			nein	nein
✓ OK	Detering	Marek	11.10.2022	Warteliste	8 Stunden			01.08.2025	U3	2J 9M			-	nein			nein	nein
✓ OK	Deters	Lucas	29.10.2023	Warteliste	6 Stunden			01.08.2026	U3	2J 9M			-	nein			nein	nein
✓ OK	Detersmann	Maximilian	12.11.2015	Warteliste	5 Stunden			01.08.2024	Hort	8J 8M			-	nein			nein	nein
✓ OK	Deitingmeyer	Henry	04.05.2021	Warteliste	5 Stunden			01.08.2025	U3	4J 2M			-	nein			nein	nein
✓ OK	Dickriede	Elias	17.01.2024	Warteliste	6 Stunden			01.08.2026	U3	2J 6M			-	nein			nein	nein
✓ OK	Diehl	Alois	23.02.2016	Warteliste	5 Stunden			01.08.2024	Hort	8J 5M			-	nein			nein	nein

[Bewerbungsstatus...](#) [Kind-Akte öffnen](#) [Zusagen...](#) [Absage erstellen...](#) [Zusage zurücknehmen](#) [Kontaktaufnahme...](#)

[Export nach Excel](#) [Dokument erstellen...](#) [Schließen](#)





Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

23/SVV/0676

öffentlich

Betreff:

Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Erstellungsdatum: 06.07.2023

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
06.09.2023	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt setzt sich das Ziel, prekäre Wohnlagen für alle von Wohnungslosigkeit betroffenen oder bedrohten Menschen zu verhindern.

Dazu soll die im Rahmen der ordnungsrechtlichen Unterbringung in den vergangenen Jahrzehnten entwickelte differenzierte Unterbringung entsprechend der unterschiedlichen Bedarfe für die Zukunft erhalten und umgesetzt werden. Die Auswahl von geeigneter Unterbringung für alle Menschen - unabhängig vom Rechtskreis - soll so für die Zukunft sichergestellt werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

- Die Standards der Unterbringung sollen sich nach den fachlichen Empfehlungen zu den individuellen Bedarfen der unterzubringenden Menschen richten, wie z. B. nach den Empfehlungen der BAG Wohnungslosenhilfe e.V.
- Sicherzustellen, dass die Zuweisung und Versorgung bei der Belegung der Wohngebäude aus dem Sonderbauprogramm nach Ordnungsrecht grundsätzlich den Ansprüchen an die Angemessenheit des Wohnraums an Angebote für WBS-Wohnungs-Freigaben der Landeshauptstadt Potsdam entsprechen.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r Saskia Hüneke und Dr. Gert Zöllner

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) nimmt die Chancen aus der Verlängerung des § 246 BauGB (Absätze 8 bis 17) für den erleichterten Bau von Unterkünften zur Unterbringung von Geflüchteten und Asylbegehrenden in den Kommunen wahr. Bei der aktuellen Leerstandsquote bei Mietwohnungen von 0.6 Prozent dient diese Unterbringung im Sonderbauprogramm der LHP voraussichtlich nicht nur zur akuten Versorgung von Notlagen, sondern zur Verbesserung der Situation der Betroffenen auch bei der mittel- und längerfristigen Versorgung mit Wohnraum für wohnungslose Personen aller Zielgruppen in Potsdam.

Daher ist Sorge zu tragen, dass Menschen mit eigener Migrationserfahrung oder Wohnungslosenerfahrung mittel- oder langfristig in ihrer Wohnsituation nicht schlechter gestellt werden im Vergleich zu einer Wohnsituation, welche den Anforderungen an die Angemessenheit von WBS-Wohnungen genügt.

Wichtig sind hierbei nicht nur die fachlichen Empfehlungen zu den individuellen Bedarfen der zu unterbringenden Menschen (z.B. der BAG Wohnungslosenhilfe e.V.), sondern ebenso menschenrechtliche und ordnungsrechtliche Verpflichtungen, Verpflichtungen aus den Anforderungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) sowie der Istanbulder Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.

Hinter dem Antragsanliegen stehen beispielsweise folgende Problematiken:

Die betroffenen Personen werden während ihres Aufenthaltes in den Wohneinheiten der Sonderbauten die Rechtskreise wechseln. Damit gelten für sie die Vorschriften nach dem AsylVfG bzw. Flüchtlingsaufnahmegesetze nicht mehr; vielmehr sind diese Personen nach Ablauf der gesetzlichen Frist nach den Grundsätzen der polizei- und ordnungsrechtlichen Unterbringung von Obdachlosen in eine (kommunale) Notunterkunft einzuweisen.

Menschen mit dauerhafter Duldung geraten bei Verlust des eigenen Wohnraums in die Unterbringung nach Landesaufnahmegesetz. Familien, denen kein geeigneter Wohnraum zur Verfügung steht, verbleiben über Jahre in Geflüchteten-Unterkünften.

Frauen und ihre Kinder, die durch häusliche Gewalt ihren Wohnraum verlieren, müssen ggf. in nach KJHG Kindeswohlgefährdende Unterbringungssituationen untergebracht werden und verbleiben dort mittel- und langfristig.

Wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen mit besonderen Bedarfen oder besonderen Schutzbedarfen, haben spezifische Anforderungen an angemessenen Wohnraum. Diese gilt es bei der Erstellung und Umsetzung eines Unterbringungs-Konzeptes zu beachten und zu erfüllen.

Derzeit leben bereits etwa 900 Personen weiterhin in Geflüchteten-Unterkünften, die auf der Grundlage ihres Aufenthalts-Titels Anspruch auf Unterbringung nach Ordnungsrecht oder WBS-Wohnungen haben. Darunter sind viele Kinder, Jugendliche und Heranwachsende, alleinerziehende Frauen und chronisch kranke Menschen.

Desweiteren leben Familien mit Kindern in Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe der Landeshauptstadt oder können derzeit nicht mit einem angemessenen Platz versorgt werden, d.h. sie leben in gefährdenden und unsicheren Wohnverhältnissen.

In Potsdam sind angemessene und langjährig erfolgreiche Konzepte im Einsatz, die von der LHP und Trägern entwickelt wurden. Diese Strukturen und Praxen gilt es nun in der veränderten, aktuellen Situation angemessen zu verankern. So bietet die Aktualisierung des Unterbringungs-Konzeptes der Landeshauptstadt Potsdam eine notwendige Etappe, um die Erfahrungen der Vergangenheit in der Zukunft zu sichern und fortzuentwickeln.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:

Titel des Antrages:

Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft

Drucksache Nr.: 23/SVV/0676**TOP:** 7.17**Stellungnahme der Verwaltung****1. Rechtliche Einschätzung**

Es existiert keine konkrete rechtliche Regelung zu Mindeststandards in der Unterbringung von Wohnungslosen. Stattdessen werden die Mindeststandards infolge einer Vielzahl von rechtlichen Gutachten und auf der Grundlage der Menschenrechtskonvention und des Grundgesetzes gebildet.

Die Angemessenheit von Wohnraum im WBS wird entsprechend einer Verfügung des FB 39 bezüglich bestimmter Miethöhen und Wohnungsgrößen festgestellt. Bei Wohnungslosen regelt die Gebührensatzung Obdach die Gebührenhöhe in den Unterkünften, auch im Sonderbauprogramm. Hier ist gemäß der Verfügung zur KdU im SGB II und SGB XII jegliche Gebührenhöhe angemessen. Zur Wohnungsgröße und der Anzahl der einziehenden Personen erfolgt ein Verwaltungsakt als Einweisungs- und Gebührenbescheid.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Mittel für die Unterbringung von Wohnungslosen sind im UP 3154000 geplant. Die Mittel werden aufgewendet um Unterbringungsplätze anzumieten und Tagessätze für Institutionen zu finanzieren, die Wohnungslose unterbringen und sozialpädagogisch begleiten (z.B. Obdach Lerchensteig, Junge Wilde, Familienhaus). Durch Veränderungen in den Standards der Unterbringung könnten Mehrkosten entstehen, die sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht beziffern lassen. Durch eine Anpassung der Gebührensatzung Obdach werden diese refinanziert und durch eine regelhafte Neukalkulation kostengetreu auf die Untergebrachten umgelegt. Die Haushaltsansätze zur Auszahlung der KdU im SGB II und SGB XII korrespondieren (plus Selbstzahler).

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die Standards der Unterbringung sollen im Jahr 2024 in einer Überprüfung des Gesamtkonzepts Wohnungslosenhilfe evaluiert werden.

Die Gebührensatzung Obdach soll im Laufe des Jahres 2024 überarbeitet werden und zum 01.01.2025 in Kraft treten. Ein früheres Inkrafttreten würde erhebliche Mehrarbeiten nach sich ziehen, da die Bescheide für laufende Fälle in der Regel für 1 Jahr gültig sind und immer zum 01.01. eines Jahres beginnen.

Die Berücksichtigung einer angemessenen Haushaltsgröße im Sonderbauprogramm kann laufend per Verwaltungsakt umgesetzt werden.

4. Inhaltliche Einordnung

In Potsdam existiert nicht nur eine Unterbringung von Wohnungslosen in Sammelunterkünften, sondern auch in Wohnungen. Das Sonderbauprogramm ist hier ein zusätzlicher Baustein. Eine angemessene Unterbringung im Sonderbauprogramm ist eine Einzelfallentscheidung und muss sowohl den knappen zur Verfügung stehenden Raum im hohen Neubaustandard, als auch die spezifischen Bedarfe der Haushalte berücksichtigen.

Im Obdach wird grundsätzlich im Einzelzimmer untergebracht, dies ist ein hoher Standard. Für junge Menschen und für Familien besteht jeweils eine spezielle Unterkunft. Durch das städtische Wachstum stieg aber auch der Unterbringungsbedarf und das System musste ausgeweitet werden. Dies ist zur Zeit nur mit Pensionen oder Notbetten in Mehrbettzimmern zu bewältigen. Zudem besteht Bedarf nach einer Diversifizierung des Hilfesystems mit besonderen Wohnformen (nasse Alkoholiker, Doppeldiagnosen).



**Landeshauptstadt
Potsdam**
Der Oberbürgermeister

23/SVV/1106

Mitteilungsvorlage
öffentlich

Beitritt KiTA !ST

<i>Geschäftsbereich:</i>	<i>Datum</i>
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt	23.10.2023

<i>geplante Sitzungstermine</i>	<i>Gremium</i>	<i>Zuständigkeit</i>
08.11.2023	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	zur Kenntnis

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Die Landeshauptstadt Potsdam tritt dem Bündnis KiTA !ST - Bündnis für die Anerkennung der Kita als Ort frühkindlicher Bildung und die damit einhergehende Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Kindertagesbetreuung – bei.

Anlagen:

- | | | |
|---|---|------------|
| 2 | Pflichtige Zusatzinformationen zur Vorlage_Kita ist | öffentlich |
| 3 | 20230201 Bündnispapier KITA !ST | öffentlich |

Pflichtige Zusatzinformationen zur Vorlage

Betreff:

Bündnisbeitritt KiTA !ST

öffentlich nicht öffentlich

► Berücksichtigung Gesamtstädtischer Ziele

ja nein

<input type="checkbox"/> Digitales Potsdam	<input type="checkbox"/> Wachstum mit Klimaschutz und hoher Lebensqualität	<input type="checkbox"/> Vorausschauendes Flächenmanagement
<input checked="" type="checkbox"/> Bedarfsorientierte und zukunftsfähige Bildungsinfrastruktur	<input type="checkbox"/> Umweltgerechte Mobilität	<input checked="" type="checkbox"/> Bürgerschaftliches Engagement
<input type="checkbox"/> Investitionsorientierter Haushalt	<input type="checkbox"/> Vielseitiges Unternehmertum	<input type="checkbox"/> Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung

Bezug zum Strategischen Projekt (falls möglich):

Das Bündnis KiTA !ST ist ein Zusammenschluss von Institutionen, Organisationen, Vereinen und Einzelpersonen, die sich ehrenamtlich für gesellschaftliche Anerkennung der frühkindlichen Bildung und die Verbesserung von Rahmenbedingungen für die Kindertagesbetreuung einsetzen.

► Finanzielle Auswirkungen

ja nein

Das Formular „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als Pflichtanlage beizufügen!

Fazit der finanziellen Auswirkungen:

Kurze Zusammenfassung der Pflichtanlage (keine Wiederholung)

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

► Berechnungstabelle Demografieprüfung

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
			10		200	sehr große

► **Klimaauswirkungen**

positiv

negativ

keine

Fazit der Klimaauswirkungen:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

KiTA !ST

**Bündnis für die Anerkennung der Kita
als Ort frühkindlicher Bildung und die damit
einhergehende Verbesserung der Rahmen-
bedingungen in der Kindertagesbetreuung**

BÜNDNISPAPIER

**Gemeinsames Leitbild der Bündnis-Mitglieder
Stand: 1. Februar 2023**

KiTA IST

Bündnis für die Anerkennung der Kita als Ort frühkindlicher Bildung und die damit einhergehende Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Kindertagesbetreuung

PRÄAMBEL

Unter dem Leitsatz „Kita ist viel mehr“ setzen wir uns für eine gesamtgesellschaftliche Anerkennung der frühkindlichen Bildung und die Verbesserung von Rahmenbedingungen für die Kindertagesbetreuung ein. In einem gemeinsamen und permanenten Diskurs entwickeln wir als Bündnis Positionen und tragen diese öffentlichkeitswirksam nach außen, um das Gesellschaftsbild zu prägen.

HINTERGRUND

Um die Entwicklung von Kindern und ihre soziale und gesellschaftliche Integration optimal zu unterstützen, müssen Angebote der frühkindlichen Bildung in hoher Qualität für alle Familien zugänglich sein. Neben Wissenschaftler*innen aus dem Bildungsbereich verweisen auch Ökonom*innen seit Jahren u.a. auf die volkswirtschaftliche und demografische Bedeutung der Kindertagesbetreuung.

Ein Tag in der Kindertagesstätte ist für Kinder lehrreicher und herausfordernder als ein jeder von uns sich das vorstellen kann. Kita ist einer der wenigen Orte der Moderne, an dem Kinder in ihrer angestammten Gruppe relativ frei lernen und erfahren können wie Gesellschaft funktioniert. Wie man sich streitet. Wie man andere Meinungen aushält. Wie man sich schützend vor Schwächere stellt.

Mit der Anerkennung der Kita als Ort frühkindlicher Bildung schaffen wir die Grundlage, dass Kindertagesbetreuung ein richtungsweisender Standortfaktor ist, Menschen sich hier niederlassen und Familien gründen, das Personal gern in den Einrichtungen arbeitet, die Eltern ein erweitertes Zuhause für ihre Kinder finden und – allem vorweg – die Kinder beste Chancen und Grundlagen für ihre künftigen Wege bekommen. Wir als Gesellschaft werden nachhaltig davon profitieren, wenn dies gesichert ist. Kita kann und wird unsere Gesellschaft, unsere Demokratie, stabilisieren.

ZIELE

Es ist dringend an der Zeit, die politischen Prioritäten zugunsten der Kinder, Familien und der gesamten Gesellschaft zu ändern. Den vielen Lippenbekenntnissen zur Bedeutung der frühkindlichen Bildung für die Chancengleichheit und den Bildungserfolg aller Kinder müssen endlich Taten folgen.

In einem gemeinsamen und permanenten Diskurs entwickelt das Bündnis Positionen und trägt diese öffentlichkeitswirksam nach außen, um das Gesellschaftsbild zu prägen. Erste Meilensteine dafür müssen die Schaffung gleicher Voraussetzungen frühkindlicher Bildung für alle Kinder, die Anerkennung und Wertschätzung der mit Kindertagesbetreuung verbundenen Berufsbilder, die Verbesserung und Weiterentwicklung der gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie der Fokus auf eine echte Erziehungs- und Bildungspartnerschaft zwischen Kita und Eltern sein.

KiTA !ST

Bündnis für die Anerkennung der Kita als Ort frühkindlicher Bildung und die damit einhergehende Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Kindertagesbetreuung

FORDERUNGEN

Gleiche Teilhabe- und Bildungschancen für alle Kinder

Jedes Kind hat - unabhängig von Wohnort, Herkunft oder sozialem Umfeld - das Recht auf einen altersgerechten und bedarfserfüllenden Zugang zu frühkindlicher Bildung.

Echte Wertschätzung der mit Kindertagesbetreuung verbundenen Berufe

Attraktive Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen und die Anerkennung der gesellschaftlichen Relevanz legen den Grundstein für eine erfolgreiche Arbeit in den Kitas.

Verbesserung der Rahmenbedingungen und Vorgaben

Gute Kita braucht zeitgemäße Rahmenbedingungen, in denen der Fokus auf der Entwicklung des Kindes liegt und die gleichermaßen für transparente und stetige Weiterentwicklung sorgen. Dazu zählen u.a. gesetzliche Vorgaben, die Rechts- und Finanzierungssicherheit für Eltern, Träger und Kommunen leisten sowie Klarheit und Transparenz hinsichtlich der Zuständigkeiten schaffen.

Vertrauensvolle Erziehungs- und Bildungspartnerschaft mit den Familien

Die Kita als erweitertes Zuhause ermöglicht es den Kindern, die nötige Sicherheit, das Vertrauen und die Freiheit zu erleben, die sie für ein gesundes Aufwachsen benötigen.

SELBSTVERSTÄNDNIS

Das Bündnis KiTA !ST ist ein Zusammenschluss von Institutionen, Organisationen, Vereinen und Einzelpersonen, die sich gemeinsam für gesellschaftliche Anerkennung der frühkindlichen Bildung und die Verbesserung von Rahmenbedingungen für die Kindertagesbetreuung einsetzen. Auch wenn einzelne Bündnispartner*innen nicht alle konkreten Forderungen zu 100% teilen, stimmen alle Unterzeichner*innen mit großer Überzeugung dem gemeinsamen Leitbild zu.

Mit ihrer Unterschrift erklären sich die Mitglieder bereit, sich im Rahmen ihrer individuellen Möglichkeiten für diese Zielsetzung zu engagieren und einzusetzen.

Organisation/Institution/Firma bzw. Name des Bündnis-Mitglieds

Ort, Datum

Unterschrift